

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 51

Nov./Dez. 2010



Entscheidung über Gedo - Altstadtgalerie
Hartz IV – 5 Euro für ein Los der Glücksspirale
Bioenergiedorf Ahnsbeck
Yezidentum im Wandel?
Straßennamen und Nationalsozialismus

INHALT

Entscheidung über Gedo	
Auf dem Weg zur geteilten Stadt?	3
Interview zu Hartz IV	
5 Euro für ein Los der Glücksspirale	5
Kommentar	
Grundpfeiler unserer Zukunft	6
Laternengespräche	
Tapetenwechsel im roten Rathaus	8
Meldungen aus Stadt und Landkreis	10
Dezentrale Aktionen gegen Castor	
Auf die Brücke – fertig – los!	12
Blick nach Links (2)	13
Transition Town Celle	13
Landkreisgemeinde wird energieautark	
Bioenergiedorf Ahsbeck	14
Spendenprojekte des Weltladens (4) - Benin	
Alodo – eine Chance für Kinder	17
Na(ht)ziveranstaltungen in Eschede	
Von Ungemach und Störenfrieden	18
Interview mit Ina Wunn	
Yezidische Religion im Wandel?	20
Wirtschaftskolumnist Lucas Zeise in Celle	
„Das Ende des Neoliberalismus?“	22
Agrarrebell Jose Bove in Celle	
„Das ist moderne Sklaverei“	23
Die Geschichte des Kriegsverbrechers Wilhelm Dörr	
Ein Schuss in den Hinterkopf	24
Straßennamen und Nationalsozialismus	
Was geht, was bleibt, was kommt?	26
Termine in Kino, Kultur & Politik	30

H A L L O



„Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen. Politik [...] sollte [...] den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“

Theodor W. Adorno

Wir wundern uns nicht, wenn demnächst Häuser brennen, in denen türkische Familien leben – die Hetze gegen Menschen islamischen Glaubens hat die Grenze überschritten, wo die Brandreden in Brandstiftung übergehen. Und wir scheuen uns nicht, hier zu sagen: Verantwortlich werden sein die Herren Sarrazin und Seehofer und alle, die diese Formen von Rassismus für diskussionswürdig halten.

Dass sich in unserer kleinen Stadt bisher niemand berufen fühlte, in den Reigen der Anti-Islam-Front einzusteigen, ist fest ein Wunder. Nun haben wir das Glück, dass „unsere“ Kurdinnen eben kein Kopftuch tragen.

Wir halten nichts von religiöser Sinnstiftung, egal welcher Art, aber noch weniger halten wir davon, dass die Mächtigen Menschen wegen ihres Glaubens gegeneinander aufhetzen.

Ohne Angst verschieden sein – davon ist diese Gesellschaft weit entfernt, auch wenn eine Frau Kanzlerin, ein Schwuler Außenminister und ein Rollstuhlfahrer Finanzminister ist.

Bis zum nächsten Jahr – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Auf dem Weg in die geteilte Stadt?

In der Ratssitzung am 4. November 2010 steht eine für die Entwicklung der Altstadt bedeutende Entscheidung an: Gibt es grünes Licht für das Gedo-Einkaufszentrum oder setzen sich die Gegener_innen durch?

Die in der Initiative „ProAltstadt“ versammelten Einzelhändler und Gastronomen haben mit der von ihnen initiierten Demonstration Anfang Oktober ein deutliches Zeichen gesetzt. Sie trauen der Prognose nicht, dass alle von einem Einkaufszentrum (EKZ) profitieren würden, sondern befürchten im Gegenteil einen Verdrängungswettbewerb auf ihre Kosten. Wer sich um die Zukunft der Stadt als Ganzes Gedanken macht, muss andere Argumente bemühen – im Ergebnis bleibt auch hier nur ein klares Nein.

„Hat Celle ein Hygiene-Problem?“ Mit dieser spaßhaft gemeinten Frage wies „ProAltstadt“ darauf hin, dass in der geplanten Altstadtgalerie rund 1500 qm für einen Drogeriemarkt ausgewiesen sind. Angesichts der in der Innenstadt schon vorhandenen Filialen von Rossmann, Müller, Schlecker & Co. mutet dies in der Tat kurios an. Aber die Frage trifft in zweierlei Hinsicht nicht den Kern. Zum einen geht es beim Aspekt der Zentralität von Städten ja eben genau darum, ein Warenangebot vorzuhalten, das den Bedarf der Einwohner übersteigt – also Kund_innen von außerhalb „anlockt“. Zum anderen verstehen sich Einkaufszentren tatsächlich als Antwort auf ein „Hygiene-Problem“, das Städte an sich, also als „Stadt“, haben.

Die „Versorgungs“-Funktion einer Stadt besteht u.a. darin, dass dort Waren und Dienstleistungen versammelt sind, die im Dorf oder im Stadtteil nur gelegentlich nachgefragt werden: z.B. das Hochzeitskleid oder die HNO-Ärztin, der Fotoapparat oder eine CD von Arcade Fire. Deshalb kaufen in den Geschäften der Stadt nicht nur die Städter, sondern eben auch Menschen aus den Vororten und den umliegenden Gemeinden. Die sich daraus ergebende Anhäufung von Waren macht dann nebenbei einen der Reize der Stadt aus.

Im Konkreten ist es nun so, dass sich durch ein Gedo-Einkaufszentrum die Verkaufsfläche der Altstadt um rund ein Drittel erhöhen würde. Der zu verkaufende „Kuchen“ wird also erheblich größer. Wenn sich nicht parallel der „Umsatz“ durch einen „Kaufkraftzufluss“ erhöht, werden etliche Händler Einbußen zu verzeichnen haben. Die „Alteingesessenen“ sehen sich einer Konkurrenz ausgesetzt, bei der sie ins Hintertreffen geraten könnten. Deshalb versprechen die EKZ-Planer, dass das vermehrte und differenzierte Warenangebot zwei Effekte hätte: Einerseits würde Geld, das bisher z.B. aus Celle nach Hannover abfließt, vor Ort bleiben. Zum andern würde Celle in der Konkurrenz der Stand-

orte so aufgewertet, dass sogar Kund_innen neu angesprochen würden, die bisher um Celle einen Bogen gemacht hätten. Nebenbei wird ein Szenario entwickelt, das beim Verzicht auf ein EKZ eine weitere Schwächung in der Standortkonkurrenz prognostiziert – also ein Steigen des „Kaufkraftabflusses“, unter dem dann auch all jene leiden würden, die heute die Veränderung behindern. Um es beispielhaft an der Hygiene-Frage zu zeigen: Das Mehr an Hygiene-Artikeln soll durch den Zuwachs an Kund_innen aufgewogen werden; und würden in einer Stadt nur 12 statt 18 Parfümerie-Linien angeboten, gingen die Kund_innen sowieso bald dorthin, wo sie die Auswahl zwischen 18 Linien hätten.

Das Ganze wäre dann der alltägliche kapitalistische



Wahnsinn mit all seinen Verrücktheiten. Dieses Mehr oder Weniger an Konsum-„Freiheit“ kann uns egal sein. Die Auseinandersetzung um Qualität – also die Fragen: ökologisch, fair, nah, sozial, nachhaltig etc. – kümmert weder die Initiative „ProAltstadt“ noch die Gedo-Planer.

Aber kommen wir zu der anderen Seite des „Hygiene“-Aspekts – und der spielt in der Diskussion bisher leider kaum eine Rolle.

Ein Kennzeichen von Stadt ist die Koexistenz von Differentem, also dem Nebeneinander von sehr Unter-



schiedlichem. In der Stadt verdichten sich verschiedene soziale Gruppen und Lebensstile an einem Ort. Darum wollen junge Menschen in der Regel möglichst schnell vom Dorf in die nächstgelegene Stadt und von dort schnellstmöglich in die Großstadt.

Der Soziologe Henri Lefebvre beschrieb diesen Reiz so: *„Das Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen.“*

Soziales Leben bildet sich in Räumen, die vielfältig nutzbar sind und Platz lassen für Unvorhergesehenes. Das war einmal die Stadt. Aber sie ist es immer weniger. Plätze und Straßen sind zunehmend funktionalisierter Raum. Ihr Gebrauchswert schwindet. Am Augenfälligsten ist dies in den Fußgängerzonen: Sie sind zugestellt mit Warenständern sowie Tischen und Stühlen, also dem gemeinen Gebrauch entzogen und umgewandelt in Bereiche kapitalistischer Verwertung. Auch das „Design“ der Plätze gleicht zunehmend der Funktionalität eines „McDonalds“-Restaurants: Kaum jemand nutzt sie noch zum längeren (konsumfreien) Verweilen. Gäbe es nicht die in sie vordringende gastronomische Verwertung, würde sich kaum jemand auf ihnen aufhalten. Deshalb ist die abwehrende „Zentro“-Idee der alteingesessenen Kaufleute, nämlich die ganze Stadt zu einer Art Einkaufszentrum zu machen, eigentlich nur die Projektion dieser Entwicklung in die Zukunft.

Trotzdem: Auch diese Zurichtung des Raums konnte bisher nicht verhindern, dass die Stadt ein Ort geblieben ist, in dem sich immer noch Abweichendes findet – nicht alles kauft und verkauft. Allein schon die in ihr konzentrierten Dienstleistungen (Banken, Ärzte, Behörden) führen auch Menschen in die Stadt, die dort aus Armutgründen längst nicht mehr kaufen, sondern dafür die Discounter in ihren Stadtteilen oder Dörfern nutzen. Und manche der „Überflüssigen“ wollen wenigstens durch die räumliche Nähe Teil eines Spektakels werden, dem sie eigentlich nicht mehr zugehören sollen. Damit aber bleibt die Stadt ein Ort, an dem Unvorhergesehenes passieren kann – ein Ort, den man nicht ganz

sauber kriegt. Und der manchmal ein unverwechselbares Gesicht bekommen kann

Dagegen steht das Einkaufszentrum als „Nicht-Ort“, wo diejenige urbane Realität verschwunden ist, die mit Unordnung (und Gefahr) gleichgesetzt wird.

Einkaufszentren stehen gegen soziale Unordnung. Wer sich in ihnen aufhält, ist nicht mehr Bürger_in, sondern nur noch Kund_in – und so in den Adelsstand des „Königs“ erhoben. Zwar simulieren die Zentren „Lebendigkeit“ und „Vielfalt“. Andererseits wird aber alles herausgehalten, was tatsächlich Urbanität, also Spontanität und Unordnung wäre.

Damit sind wir beim „Hygiene-Problem“. Die Soziologen Aldo Legnaro und Almut Birenheide sehen die Einkaufszentren geprägt von einem „Mythos der Reinheit“: *„Deswegen kann man das permanente Bemühen um Sauberkeit und Reinheit an Nicht-Orten als ein Reinigungsritual betrachten, bei dem es nicht nur um die ubiquitäre [allgemein verbreitete] Bedeutung von Sauberkeit und Müllbeseitigung geht, sondern sich auch um die Befestigung von gefährdeten Grenzen handelt. Die Reinigungsrituale an diesen Orten verhelfen dementsprechend ebenso zur Abgrenzung von der Unordnung der Umgebung wie sie zur Herstellung einer neuen sowohl realen wie symbolischen Ordnung dienen. [...] Neben allen Mythen, die sie ansonsten noch präsentieren, stellen Nicht-Orte somit auch einen ‚Mythos der Reinheit‘ aus, der vom komplementären ‚Mythos der urbanen Unordnung‘ lebt und nicht zuletzt in dieser Gegenbildlichkeit ihre Attraktivität begründen dürfte.“*

Für große Städte wie Hamburg oder Hannover mögen die Galerien insoweit „Ergänzungen“ darstellen, als sie sich in der Stadt einnisten, sie aber nicht zu prägen vermögen. In einer kleinen Stadt wie Celle stellt sich das anders dar. Wo es um die strukturierte Vermarktung eines Drittels der Verkaufsfläche der Stadt geht, ist eine Dominanz vorhersehbar. In der Konsequenz kann dies zu einer geteilten Stadt führen: einerseits die schmutzige urbane Wirklichkeit mit Leerständen, Bettlern, Trinkern und der bedrohlichen Anwesenheit von Armut, andererseits die durch keinen dieser Faktoren getrübe „Wohlfühl-Welt“ der Einkaufsgalerie. Die Teilung in „Stadt“ und „Galerie“ ist absehbar. Was bedeutet das für die „Stadt“? Mit etwas Pech landet sie in einer Abwärts-Spirale, bei der die halbwegs erfolgreichen „Kleinen“ versuchen werden, sich ein Plätzchen unter dem Dach des Gedo-Center zu sichern. Und der verbleibende Rest wird permanent anmahnen, dass die „Stadt“ werden müsse wie ihr „Gegenbild“: also Schluss sein müsse mit der Unordnung.

Aldo Legnaro und Almut Birenheide: Die Ordnung der Nicht-Orte. Inszenierungen von Raum, Gestaltungen von Erleben und die Herstellung sozialer Ordnung; siehe:

http://www.isip.uni-hamburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=72:die-ordnung-der-nicht-orte&catid=37:abgeschlossene-projekte&Itemid=58 (12.10.2010)

5 € für ein Los der Glücksspirale

Die Kürzungssorgie gegenüber den Erwerbslosen ist in eine neue Runde gegangen. Fünf Euro mehr beim Regelsatz für Erwachsene, die Regelleistung bei Kindern wird nicht erhöht. Die zusätzlichen Sonderleistungen für Kinder und Jugendliche lassen einen Bürokratie-dschungel erwarten. Doch die Proteste bleiben weitgehend aus. Wir sprachen mit zwei Vertretern der „Erwerbsloseninitiative Celle“. Sie gibt seit September 2004 einmal im Monat als Beilage zur lokalen Ausgabe von ASPHALT das Infoblatt „Vorsicht Falle“ heraus.

?: Fünf Euro mehr ab Januar. Was habt ihr gedacht, als Ursula von der Leyen diesen Aufschlag ausgewürfelt hatte?

!!: Wer die Diskussion im Vorfeld verfolgt hat, musste nicht überrascht sein. Die Betroffenen fühlen sich selbstverständlich verhöhnt. Die ersten Reaktionen, die wir mitbekommen haben, liefen darauf hinaus, dass sie sich diese fünf Euro in den Allerwertesten stecken könnten.

?: Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben zunächst alle eine deutliche Erhöhung der Regelsätze erwartet. Warum ist das nicht eingetreten?

!!: Es hätte in der Tat die Chance bestanden, eine gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, was ein menschenwürdiges Leben beinhaltet. Aber kaum jemand, weder Parteien, noch Gewerkschaften oder Kirchen haben die Ausgrenzung einer wachsenden Armutsbevölkerung in dieser Phase überhaupt thematisiert. Es wurde einfach abgewartet, was die Regierung tut. Und die hat ungestört ihr statistisches Betrugsmanöver durchgezogen.

?: Worin besteht die Kritik an der Neufestsetzung?

!!: Entscheidend für die Berechnung der Hartz IV-Sätze ist, welche Haushalte als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Bisher waren es die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher, ohne die Hartz IV- und Grundsicherungsbezieher. Jetzt wurde politisch entschieden, in dieser Vergleichsgruppe nicht nur all diejenigen zu belassen, die ergänzend Hartz IV oder Grundsicherung erhalten, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen, sondern auch noch all die Haushalte, deren Einkommen sogar noch unter den Hartz IV-Sätzen liegen. Als selbst danach die Ergebnisse nicht passgerecht waren, wurde einfach festgelegt, statt der untersten 20 nur noch die untersten 15 Prozent zu berücksichtigen. Es wurde manipuliert, bis das Ergebnis passte.

?: Menschenwürde und Teilhabe an der Gesellschaft spielt also keine Rolle?

!!: Nein. Es geht allein um ein Statistikmodell. Das unterste Siebtel der Einkommenshierarchie bildet den Maßstab. Das Existenzminimum richtet sich so aus an der gesellschaftlich vorhandenen Armut. Mit den Hartz-Gesetzen ist ja der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet worden und damit einhergehend Armut. Wenn dann die Bemessung des gesellschaftlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung ausgerichtet wird, kann dies zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, weiterer Mangelernährung und weiterer Ausgrenzung. Auf der Oldenburger Erwerbslosendemonstration hat dies ein Redner bildlich so auf den Punkt gebracht: „Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, dass sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell daraus, dass Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.“

?: Welche Chancen gibt es, diesen Teufelskreis zu zerbrechen?

!!: Ein zentrales Problem ist die gesellschaftliche Spaltung. Wer in der letzten Zeit mit Bekannten über Hartz IV diskutiert hat, hat mitbekommen, wie wirkmächtig die Parolen der BILD sind – selbst bei denen, die sie nicht lesen. Einerseits herrschen völlig irri-ge Vorstellungen darüber, wovon Erwerbslose tatsächlich leben müssen, andererseits zieht die Propaganda, wonach wer arbeitet, mehr haben müsse, als die, die nicht arbeiten.



Nur ist ihre Konsequenz daraus fast nie, gegen Lohn-dumping zu reden, sondern die Ansprüche der Erwerbslosen auf ein menschenwürdiges Leben zu negieren. Und selbst die Niedriglöhner, jederzeit in Gefahr selbst wieder erwerbslos zu werden, missgönnen der Hartz IV-Empfängerin z.B. die 100 Euro für jedes Kind zum Schuljahresbeginn.

DGB

DRUCK MACHEN FÜR GERECHTE POLITIK GEGEN SOZIALE KÄLTE

KUNDGEBUNG AM 6. NOVEMBER 2010

5 vor 12 auf dem Opernplatz in Hannover
10 Uhr Auftakt auf dem Klagesmarkt
10.30 Uhr Demo durch die Innenstadt

Redner:

- Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Deutschland
- Hartmut Meine, Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
- Siegfried Sauer, Landesbezirksleiter ver.di Niedersachsen-Bremen

Busfahrten ab:

Lüneburg um 7:30 Uhr, Sülzwiesen
Uelzen um 8:00 Uhr, Hammersteinparkplatz
Lüchow um 6:30 Uhr, Gildehaus
Winsen/Luhe um 7:30 Uhr, ZOB
Soltau um 8:00 Uhr, Bahnhof
Celle um 8:15 Uhr, Schützenplatz

Informationen und Anmeldungen unter:
luebeckersclub.de
 Tel.: 04131 / 223960
 Fax: 04131 / 2239620

?: *Bevor wir zu den Kindern kommen – was sind die falschen Vorstellungen, die sich Menschen aus den Mittelschichten über Hartz IV machen?*

!: Was kriegen wir zu hören: „359 Euro? Mehr habe ich doch auch nicht.“ Wenn wir dann fragen: „Taschengeld oder Haushaltsgeld?“ Meist ist es das Haushaltsgeld, aber es wird dabei vergessen, dass Telefon und Internet, Versicherungen, Strom, Zeitungsabos usw. alles zusätzlich vom Konto abgebucht wird. Getankt wird mit der Kreditkarte, Bahntickets werden im Internet gekauft, für Geburtstage wird was vom Konto abgeboben. Da ist aber bei Hartz IV-Abhängigen nix drauf! Häufig kommt auch das Argument, während des Studiums sei man doch auch mit BAFöG zurechtgekommen. Und – fragen wir: Nebenbei jobbt? Derartige Einkünfte werden bei Hartz IV angerechnet, also größtenteils abgezogen. Und was nie bedacht wird: Wer ein auskömmliches Einkommen hat, hat ein festes Fundament an Kleidung, an Möbeln, Elektronik etc. – damit ist es bei langjähriger Erwerbslosigkeit vorbei. Und mit Kindern wird das Ganze dann entwürdigend, wenn kaum noch einer der alltäglichen Wünsche erfüllt werden kann.

?: *Für die Kinder hat sich Ursula von der Leyen doch die Chipkarte ausgedacht.*

!: Da möchte ich noch kurz was zu dem Regelsatzwahn sagen: Was hat es mit realen Bedürfnissen zu tun, wenn in den neuen Regelsätzen für die Ernährung eines 13-jährigen Kindes 27 Euro und 47 Cent pro Monat weniger enthalten sind als für ein 14-jähriges Kind? Das Festhalten an den bisherigen Regelsätzen für

Kinder ist einfach nur noch eine große Missachtung ihrer grundlegenden Bedürfnisse.

?: *Wie steht ihr zur Chipkarte?*

!: In der Tat muss es nicht immer nur mehr Geld sein. Wir sind durchaus mit Sachleistungen einverstanden, gern nach dem skandinavischen Vorbild, auf das sich von der Leyen mit ihrer Chipkarte so gern bezieht. Wir sind schwer dafür, dass alle Kinder gemeinsam lernen bis zur zehnten Klasse, dass der Transport zur Schule nichts kostet, dass sämtliche Schulmaterialien bezahlt werden, dass es ein gesundes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Schule gibt, dass alle Kinder bis Nachmittags professionell und liebevoll betreut werden. Solche Sachleistungen für alle nehmen wir gerne, denn eine solche soziale Infrastruktur würde tatsächlich die weitere Spaltung der Gesellschaft stoppen und Integration voranbringen. Dafür aber braucht es keine Chipkarte, mit denen die armen Kinder nur noch mehr diskriminiert und ausgegrenzt werden.

?: *Hättet Ihr eigentlich vor 6 Jahren gedacht, dass es „Vorsicht Falle“ noch im Jahr 2010 geben muss?*

!: Nein. Die ursprüngliche Absicht war, die Monate vor Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II), also „Hartz IV“, die Betroffenen zu informieren und vielleicht ein bisschen über den Januar 2005 hinaus. Denn es war abzusehen, dass es nicht sofort zu einer rechtssicheren Umsetzung kommen würde. Wir hatten zwischendrin immer mal wieder die Hoffnung, dass wir unsere Arbeit würden einstellen können. Aber „Pustekuchen“, wie man so sagt.

?: *Woran liegt es, dass es immer noch Streit um die Auslegung der Gesetze beziehungsweise die Ausführung durch die Behörden gibt?*

!: Oberflächlich betrachtet entstehen die Konflikte dort, wo der Gesetzgeber es unterlassen hat, klar zu definieren, was „angemessen“ ist, z.B. bei den Kosten der Unterkunft. Dann ist das SGB II in etlichen Aspekten so kompliziert, z.B. bei Zuverdienstfragen, dass weder Erwerbslose noch Sachbearbeiter da durchgeblickt haben. Da waren und sind dann am Ende die Sozialgerichte gefragt, die mit ihren Entscheidungen so etwas wie Rechtssicherheit schaffen müssen.

?: *Absicht oder Dummheit des Gesetzgebers?*

!: Eindeutig Absicht. Überall dort, wo Regelungen nicht eindeutig sind, kommt Macht zum Tragen. Und die Erwerbslosenverwaltungen standen von Beginn an unter dem Druck, den Kostenfaktor „Erwerbslose“ runterzuschrauben. Da es nicht durch Vermittlung in Arbeit geht, werden andere Wege gesucht. Und das heißt exzessive Leistungseinschränkungen z.B. bei den Obergrenzen für die Wohnkosten – und auch Kürzungen bei den Regelleistungen durch Druck und Sanktionen.

?: *Ihr informiert regelmäßig über neue Beschlüsse der Sozialgerichte. Warum schält sich da nicht irgendwann eine klare Linie heraus?*

!!: In manchem war das ja so. Wir haben etliche Beschlüsse gegen den Landkreis Celle durchgesetzt, der bei uns für die Kosten der Unterkunft zuständig ist. Aber selbst, wenn an dem einen oder anderen Punkt scheinbar Klarheit geschaffen ist, hat der Landkreis immer wieder versucht, dies zu unterlaufen. Und selbstverständlich gibt es eine unabhängige Gerichtsbarkeit nur im Sozialkundeunterricht. Gerade zuletzt haben wir den Eindruck, dass die Sozialgerichte sich nach der Melodie richten, die aus dem Chor von Politik und Medien herauszuhören ist.

?: *Ich muss gestehen, dass ich bei „Vorsicht Falle“ manchmal den Eindruck habe, Ihr schreibt für Jurist_innen, so kompliziert ist für mich die Materie. Wie kommt das bei den Betroffenen an?*

!!: Wahrscheinlich ähnlich. Aber zunächst mal liefern wir einen Hinweis. Dann müssen die Betroffenen überlegen, ob die geschilderte Sachlage mit ihrer konkreten Situation zusammenpasst. Und wenn sie das bejahen, können sie für das weitere Vorgehen die Beratungsstellen aufsuchen. Manche versuchen auch direkt, unsere Tipps umzusetzen. Und darum geht es uns: einen Beitrag zur Selbstermächtigung der Erwerbslosen zu leisten.

?: *Wie schätzt Ihr den Erfolg eurer Arbeit ein?*

!!: „Gefühlt“ haben wir den Eindruck, dass Erwerbslose in Stadt und Landkreis Celle besser informiert sind als in anderen Regionen und sich gezielter und erfolgreicher gegen rechtswidrige Bescheide wehren können.

?: *Wie lange wird es Eurer Infoblatt noch geben?*

!!: Vielleicht kann mit der bevorstehenden Abschaffung der getrennten Aufgabenwahrnehmung mehr Rechtssicherheit in Celle einkehren. Denn die größeren Probleme hat bisher der Landkreis Celle verursacht. – Was aber ein zur Zeit noch nicht überschaubares Problem werden wird, sind die Sachleistungen für Kinder. Denn da wird es über Monate wieder eine Unklarheit geben, welche Leistungen von wem beansprucht werden können.

?: *Eine letzte Frage zur Organisation der Erwerbslosen: Ihr nennt Euch ja „Initiative“, aber seid es gar nicht im eigentlichen Sinne, oder?*

!!: Wir machen tatsächlich ausschließlich Beratungsarbeit auf Basis des Flyers und der Internetpräsenz. In Celle gibt es als Selbsthilfeorganisation vor allem das Bündnis Soziale Gerechtigkeit. Aber auch das ist eine vergleichsweise kleine Gruppe. Regional existiert das „Bündnis arbeitssuchender Niedersachsen“, das auf fachlicher Ebene versucht, die Initiativen zu vernetzen. Wichtig wären aber in der Tat Organisationsformen, die sich nicht nur an den Zumutungen abarbeiten, sondern gesellschaftlich intervenieren. Da ist aber vor Ort zur Zeit nichts in Sicht. Langzeiterwerbslosigkeit führt – aus materiellen und psychologischen Gründen – in der Regel zum Rückzug aus gesellschaftlichen Aktivitäten, das betrifft dann auch die ureigensten Interessen.

Grundpfeiler wackeln

„Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“ mit diesem Anspruch betitelt die Bundesregierung das Sparpaket.

Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger. Ist ein Kind in einem Erwerbslosenhaushalt weniger wert als ein Kind in einer Familie, die keine Sozialleistungen bezieht? Sind Kinder in einem Erwerbslosenhaushalt Kinder zweiter Klasse? Gesetzlich verordnete Armut ab der Wiege.

Streichung der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Empfänger. Erwerbslosigkeit bedeutet Verlust von Rentenversicherungsansprüchen. Die Altersarmut wird zu einer tickenden Zeitbombe. Gesetzlich verordnete Armut bis zur Bahre.

Streichung des Zuschlags für Arbeitslosengeld-I-Bezieher beim Übergang zu Hartz IV. Die Verzweiflung der Menschen, die durch die Arbeitslosigkeit ihre Lebensperspektive und Lebensziele aufgeben müssen, wird erheblich steigen. Sie fallen durch den Wegfall des Zuschlags in ein großes finanzielles tiefes Loch, das zu erheblichen psychischen Belastungen führen wird, Familienkrisen und Verzweiflungstaten wie Suizid sind nicht auszuschließen.

Streichung des Heizkostenzuschlags für Wohngeldempfänger. Erst durch die Wohngeldreform 2009 eingeführt, ist dies in Anbetracht der steigenden Preise der Energieversorgung ein Skandal. Energie wird zum Luxusgut, eine neue Form der mangelnden Daseinsvorsorge und Energiearmut wird dadurch geschaffen.

Beim Sparpaket der Bundesregierung kann von sozialer Gerechtigkeit nicht gesprochen werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Streichung des Elterngeldes und der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Empfänger widersprechen dem Sozialstaatspostulat von Artikel 20 des Grundgesetzes. Der Wegfall des Zuschlags für Arbeitslosengeld-I-Bezieher sowie die Abschaffung des Heizkostenzuschusses vertiefen die Spaltung unserer Gesellschaft und verstärken das Armutsrisiko.

Um die Frage, was Armut in Deutschland bedeutet, erkennen zu können, müssen wir unseren Standpunkt verlassen. Wer von der Mitte aus die Probleme betrachtet, sieht nicht dasselbe wie jemand, der vom sozialen Rand auf die Gesellschaft blickt. Dann ist nämlich erkennbar, dass wir in einer Gesellschaft mit eklatantem Mangel an sozialer Empathie leben.

Horst-Peter Ludwigs

Aus: Diakonie-News 03/2010



Tapetenwechsel im roten Rathaus

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Das von außen rote Rathaus wird auch von innen rot, verrückt oder?

Oma Lilo: Davon hat Jens Rejmann ein Leben lang geträumt. Jetzt darf er endlich 100-Jährigen den Präsentkorb überbringen.

Die Dicke: Na ein bisschen mehr Bedeutung hat's doch wohl schon, oder? Es ist ja nicht nur Rejmann zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt worden, sondern auch der bündnisgrüne Bernd Zobel. Und Reinhold Wilhelms obendrein noch zum Ratsvorsitzenden. Zeigt das nicht an, dass die konservativen Mehrheiten weg sind?

Klein Jonas: Wieso gibt's denn Bürgermeister neben dem Mende?

Oma Lilo: Der Oberbürgermeister ist direkt gewählt, also von den Bürgerinnen und Bürgern – er ist der Chef der Verwaltung. Die Bürgermeister werden vom Rat gewählt, sie sind politische Repräsentanten der Stadt und der Job des Ratsvorsitzenden ist, die Sitzungen zu leiten.

Klein Jonas: Und das haben bisher andere gemacht?

Oma Lilo: Ja – immer CDU und FDP. Ich meine fast, dass John Busch der letzte sozialdemokratische Bürgermeister war, und das war 1973.

Klein Jonas: Und wieso machen es die von der CDU jetzt nicht mehr?

Die Dicke: Gute Frage. Rein von den Sitzen her hätten sie eigentlich noch Mehrheiten für ihre Kandidaten stricken können.

Oma Lilo: Die CDU zerlegt sich selbst an der Frage ECE/Gedo. War ja bei Biermanns Projekt ECE auch ihre erste große Schlappe seit dem ersten Stopp der Ostumgebung in den frühen 1980ern.

Der lange Lulatsch: Wen wundert's? Ihre Ideologie taugt nicht richtig für so ein Projekt. Vorrang für den Markt, hieße Vorrang für den Investor. Aber das ist riskant für ihr traditionelles Milieu der alteingesessenen Einzelhändler und Immobilienbesitzer, denn die fürchten um ihre Gewinne und Mieteinnahmen. Deshalb muss man sie schützen. Und darum sagen die einen so, und die anderen so. Und scheinbar sind ihnen auch die Hierarchien verloren gegangen, die ein konservativer Mensch wohl braucht.

Die Dicke: Und warum profitieren die Sozialdemokraten, die ja bei dem Thema wirklich ihr Fähnchen immer nur in den Wind hängen?

Der Besserwisser: Eben weil sie es in den Wind hängen.

Die Dicke: Interessant ist ja, dass Bernd Zobel gleich im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit bekommen hat. Ich denke, das sind dann Anti-Gedo-Stimmen aus der CDU gewesen, die das bewirkt haben.

Der lange Lulatsch: Wer gern Kaffeesatz liest, könnte das in der Tat für eine Vorwegnahme der Anfang November anstehenden Gedo-

Entscheidung halten.

Oma Lilo: Aber zu rot-rot-grün hat's nicht gereicht. Beim letzten zu vergebenden Sitz für den Verwaltungsausschuss standen sich mit den Kandidaten Pillibeit und Wallat rechtsaußen und linksaußen gegenüber und entscheiden musste das Los. Und das Losglück ist in Celle traditionell bei der äußersten Rechten. Ihr erinnert euch: Ulrich von Witten wurde mal durch Losentscheid Oberstadtdirektor.

Klein Jonas: Was ist dieser Verwaltungsausschuss?

Oma Lilo: Der Verwaltungsausschuss ist das neben dem Rat wichtigste Gremium. Der tagt vertraulich, also geheim. Und da werden alle Beschlüsse des Rates vorbereitet, und manches kann der Verwaltungsausschuss auch ohne den Rat entscheiden. Die Sitze werden nach den jeweiligen Fraktionsstärken vergeben. Und da die CDU-Fraktion durch die Abgänge von Haack und Hörstmann kleiner geworden ist, musste neu aufgeteilt werden. Und für die beiden Fraktionen mit zwei Mitgliedern, also die WG mit Pillibeit zugehört und Die Linke/BSG mit Wallat, gab es eben nur noch einen Sitz, der dann verlost wurde.

Der lange Lulatsch: Also nix mit rot-rot-grün. Aber die hoffen ja alle auf die Kommunalwahlen im nächsten September. Und da bekommen dann die Bündnisgrünen ein Problem.

Oma Lilo: Wieso?

Der lange Lulatsch (grinst): Wo sollen sie die Kandidatinnen und Kandidaten her nehmen, wenn sie 20 Prozent bekommen?

Die Dicke: Dann wird eben unser Asphalt-Verkäufer, der Kurt, Ratsmitglied. Das würde die Klassenzusammensetzung des Rates ja sogar ein klein wenig der Wirklichkeit annähern.

Der Besserwisser: Bewegende Fragen, die ihr heute diskutiert. „Good Government“ mit rot-rot-grün, oder was soll das?

Der lange Lulatsch: Ja – das würde ein lustiges Koalitionspapier geben: ein bisschen Ostumgehung, ein bisschen Einkaufszentrum, ein bisschen Bundeswehr, ein bisschen Privatisierung ...

Die Dicke: Aber bestünde nicht doch die Hoffnung, dass die Interessen anderer Milieus eher in den Vordergrund rücken: also nicht Schützen, sondern Migranten, nicht Einzelhändler, sondern abhängig Beschäftigte, nicht Wachstumsfetischisten, sondern Nachhaltigkeitsfans?

Der lange Lulatsch: Dann träum' mal schön weiter. Die einzige Sprache die sie irgendwann verstehen, ist der Druck der Straße. Lange aus der Mode gekommen, aber „Stuttgart 21“ zeigt hier doch was auf: Ihnen wirklich mit dem Ausbruch aus dem Alltagstrott zu zeigen, wo der Hammer hängt. Und das in neuen Bündnissen, die eine Ahnung davon haben, dass wir „am Ende der Welt sind, wie wir sie kannten“.

Der Besserwisser: Und Geißler schlichtet dann den Klassenkampf?

Der lange Lulatsch: Da gibt es nichts zu schlichten, und das wird die Lehre sein. Erinnerung dich – zustimmend zitiert Marx das Manifest der Pariser Kommune: Dort hätten die Leute begriffen, „dass die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, dass sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen ... Sie haben begriffen, dass es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“

Der Besserwisser: Er schrieb aber nicht „Leute“, er schrieb „Proletarier“.





Fehlerhafte Planung

Gegen den auf die geplante Gedo-Altstadt-Galerie zugeschnittenen Bebauungsplan „Südwall“ sind etwa 40 Einwendungen eingegangen. Die in der Initiative „Pro Altstadt“ versammelten Gedo-Gegner_innen haben durch einen Rechtsanwalt eine detaillierte Stellungnahme erarbeiten lassen, in der von einer „Gefälligkeitsplanung“ ohne anerkanntes städtebauliches Motiv die Rede ist. Einzelne Aspekte des Bebauungsplans seien zudem rechtswidrig. Auch der Vorsitzende des „Kulturkreises Celler Land“, Dietrich Klages, hat der Planung aufs Schärfste widersprochen, weil sie „den Denkmalschutz in grösster Weise verletzt und jahrhundertealtes Kulturgut zerstören würde“.

Von einigem Gewicht dürfte auch die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege (NLD) sein. Auch dort wird kritisiert, dass die Überbauung von Hofflächen einen „schweren Eingriff in das historische Grund- und Aufrissystem und damit eine erhebliche Beeinträchtigung für die Denkmaleigenschaft des gesamten Stadtdenkmals“ darstelle. Nach Auffassung des NLD-Präsidenten Stefan Winghart widerspreche die Planung sogar den Intentionen des Förderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“, von dem die Stadt sich Zuschüsse erwartet.

Die Einwendungen werden am 28. Oktober im Planungs- und Bauausschuss diskutiert, bevor der Bebauungsplan am 4. November im Stadtrat zur Abstimmung steht. Die Stellungnahme der Initiative wie auch eine des Niedersächsischen Heimatbundes und des NLD sind auf der website der www.proaltstadt-celle.de nachzulesen.

Integrationsausschuss

Der Rat der Stadt Celle wird als weiteren Fachausschuss einen „Ausschuss für Integration“ bilden. Neben sieben Mitgliedern des Rates sollen ihm sieben

Vertreter_innen der in Celle lebenden Migranten (egal ob mit oder ohne deutschen Pass) angehören. Letztere sollen durch die Fraktionen benannt werden; im Ausschuss selbst haben sie kein Stimmrecht.

Die Alternative eines durch Direktwahl gebildeten Beirates wurde fallen gelassen, nachdem Vertreter_innen aus Lüneburg, Hannover und Braunschweig im Sozialausschuss ihre Modelle vorgestellt und von einer Direktwahl abgeraten hatten: Die Erfahrungen würden zeigen, dass es nur geringe Wahlbeteiligungen gäbe. Zum anderen wäre ja auch die Frage, wie in einem solchen Fall das aktive und passive Wahlrecht zu regeln sei; also: Wenn nur Ausländer_innen wählen und gewählt werden dürften, wären viele Aktive mit deutschem Pass außen vor. Bei einem Auswahlverfahren durch den Rat sei zudem nicht wichtig, welcher Nationalität die Bewerber_innen angehören, sondern ob es sich um Personen mit Migrationshintergrund handle, die Wissen und Kompetenzen mitbrächten, um sich aktiv im Integrationsprozess zu beteiligen, aber auch um als Multiplikator zu dienen. - Der Antrag zur Bildung eines derartigen Gremiums war gemeinsam von den Bündnisgrünen und der SPD eingebracht worden.

Ende mit basic

Zwei Jahre lang konnten Flüchtlinge und Bleibeberechtigte in Stadt und Landkreis Celle von dem mit ESF-Mitteln geförderten Projekt „basic“ profitieren; erstmals erhielten sie qualifizierte Unterstützung bei Fragen der Arbeitsmarktintegration, aber auch bei dem, was im Behördenjargon „Arbeitsmarkthemmnisse“ heißt: also zum Beispiel Fragen der Arbeitserlaubnis oder der Verbesserung der deutschen Sprache. Am Ende des Projekts wurden rund 160 Flüchtlinge in Stadt und Landkreis Celle in ihren Integrations-

bemühungen unterstützt. Ein von der Volkshochschule gestellter Folgeantrag für die nächste Projektphase 2010-2013 wurde jetzt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgelehnt. Dies ist besonders bitter, da im kommenden Jahr rund 130 Flüchtlinge – insbesondere aus dem aufgelösten Lager in Osnaabrück – nach Celle kommen sollen. Von Stadt und Landkreis haben sie – nach allen Erfahrungen der Vergangenheit – wenig Unterstützung zu erwarten.

Vielfalt tut gut

Erstmals hat die Stadt Celle den Zuschlag für Mittel aus dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ erhalten. Mit diesem Programm – so ist es auf der Website zu lesen – „verstärkt die Bundesregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland. Ziel ist es, Vielfalt, Toleranz und Demokratie als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen und gerade Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen.“ Auf Grundlage eines Lokalen Aktionsplans sollen an unterschiedliche Projekte in den kommenden drei Jahren jeweils zusammen 100.000 Euro ausgeschüttet werden, wobei Einzelprojekte bis zu 20.000 Euro beantragen können.

In Celle nimmt man es mit dem Ziel des Programms nicht ganz so ernst; hier hat der vom Amt für Integration vorgegebene „Lokale Aktionsplan“ eine andere Ausrichtung; genannt werden: „Soziale Integration, Interkulturelles Lernen, Kulturelle und geschichtliche Identität, Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft und die antirassistische Bildung“. Die Begriffe „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ tauchen nicht auf, was kein



Zufall ist. Teilnehmer_innen der bisher stattgefundenen Treffen wurden gewahr, dass es der Stadt anscheinend einerseits darum geht, mit Bundesmitteln den vom Rat beschlossenen „Lokalen Integrationsplan“ mit Leben zu erfüllen, zum anderen eventuell auch Projekte in der Neustadt/Heese, die bisher mit Mitteln des Programms „Stärken vor Ort“ laufen, einfach auf das Stadtgebiet auszudehnen. Dies stieß bei etlichen Akteuren auf wenig Gegenliebe, so dass vielleicht noch eine Umorientierung gelingen könnte.

Das Klima zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die eigentlich maßgeblich für die Gestaltung des Bundesprogramms wären, ist gestört. Denn auch im Vollzug erwies sich die Stadtverwaltung zunächst als äußerst unkooperativ. Wurde in der ersten Sitzung noch betont, hinsichtlich der verwaltungsexternen Geschäftsführung für das Programm sei alles offen und möglich, wurde in der zweiten Sitzung ein Beschluss verkündet: Eleni Mourmouri, beschäftigt beim Quartiersmanagement Celle-Neustadt, wird zusätzlich die Geschäftsführung für „Vielfalt tut gut“ übernehmen. Sinnigerweise hatte sie schon das Protokoll der ersten Sitzung geschrieben, als noch „alles offen“ war.

Jetzt wird ein sogenannter Begleitausschuss aus 25 Personen gebildet, wobei 12 aus Rat und Verwaltung kommen sollen, während 13 Personen die Zivilgesellschaft repräsentieren sollen. Auf die Zusammensetzung darf mensch gespannt sein.

Ezidische Akademie

Trotz eines recht ansprechenden Programms traf eine Ende September in Celle ausgerichtete Tagung der Ezidischen Akademie nicht auf großes Publikumsinteresse. Die Akademie beschäftigt sich zentral mit dem Schicksal der in der ganzen Welt verstreuten Menschen der ezidischen Glaubensgemeinschaft sowie mit der historischen wie politischen Situation der in ihren Heimatländern verfolgten Minderheit der Eziden. Dieses Ziel wird verfolgt mit Informationsveranstaltungen und einer Vierteljahrszeitschrift (siehe Interview mit Ina Wunn auf den Seiten 22-23). Richtig verwunderlich war das Desinteresse der Celler Yeziden an der Tagung nicht, denn: Die Akademie verbindet gute Kontakte zur „Gesellschaft für bedrohte Völker“ – und die nun wieder hat sich in der Vergangenheit als „PKK-Hasserin“ ausgewiesen.

Besuch aus Batman

Auf Einladung des Ezidischen Kulturzentrums war im Oktober der Bürgermeister der kurdischen Stadt Batman, Serhat Temel, in Celle. Neben Gesprächen mit Vertreter_innen von Celler Parteien und Verbände besuchte Temel auf Initiative der Abgeordneten Kirsten Lühmann (SPD) auch den Deutschen Bundestag. Batman befindet sich im Südwesten der Türkei und hat ca. 300.000 Einwohner. Auf Basis der 1955 gegründete Ölraffinerie entwickelte sich die Stadt zu einem der wichtigsten Wirtschaftszentren der Region. – Vielleicht ist die Gemeinsamkeit in Sachen Ölindustrie ja ein Anknüpfungspunkt für eine Städtepartnerschaft – wie schon mit Tulsa und Tjumen.

Energieversorgung AöR

Die Celler Landkreismunicipalitäten haben sich bei der Frage der Neuvergabe der Konzessionsverträge im Stromsektor zusammengeschlossen. Die Verträge müssen bis zum 31.12.2011 neu vergeben werden. Die Gemeinden wollen dafür eine kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Energieversorgung Celler Land AöR“ gründen, um so die Vergabe der Konzession für alle Mitglieder gemeinsam zu regeln. Theoretisch ist noch offen, ob die SVO das Netz behält, ein anderer Anbieter oder die Gemeinden selbst es übernehmen. Aber: Es liegt bereits eine Interessensbekundung der SVO vor. Die will die Gemeinden mit 8 % an der SVO Holding GmbH beteiligen. Diese Anteile müsste der Landkreis abtreten. Es handelt sich um ein so genanntes „Nebenangebot“ für den Fall, dass die SVO wieder Konzessionsnehmer wird. Bei 8 % würde der Kaufpreis knapp 18 Millionen Euro betragen. Der Landkreis würde ihn in den ersten fünf Jahren stunden (mit Zinsen von 2 %); ab dem sechsten Jahr begänne neben den Zinszahlungen die Tilgung. Auf der anderen Seite stünde bei dem aktuellen Gewinn der SVO ein jährlicher Beteiligungsertrag von rund 1,1 Millionen Euro. Unterm Strich hätten alle Gemeinden zusammen in den ersten fünf Jahren eine Zusatzeinnahme von rund 860.000 Euro pro Jahr und danach mit einsetzender Tilgung noch von knapp 600.000 Euro. Dies wäre zusätzlich zu der sowieso vom Betreiber zu zahlenden Konzessionsabgabe. Es zeigt sich, die SVO ist unter Druck, die Verhandlungsposition der Gemeinden ist so schlecht nicht – vielleicht gibt es ja noch andere Interessenten oder eine Kooperation mit dem künftigen Betrei-

mit dem künftigen Betreiber für das Netz der Stadt Celle.

Erinnerung an Peter Deutschmann

Zum elften Todestag des von Neonazis ermordeten Peter Deutschmann hatten Mitglieder des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus in Eschede provisorisch einen Gedenkstein aufgestellt. Und zwar am Weg zu dem Haus, in dem die Tat im Jahr 1999 geschah. Damit verbunden war ein Antrag an die Gemeinde, endlich an diesem Ort ein Mahnmal zu schaffen. Ende September wies der Verwaltungsausschuss der Gemeinde dieses Anliegen zurück. Der Ort sei ungeeignet, weil – so Gemeindedirektor Berg gegenüber der CZ – ein Gedenkstein dort in kürzester Zeit beschmiert werde oder verschwinde. Merkwürdig: Wir dachten immer, in Eschede gibt's kein Neonazi-Problem? Immerhin: Die Suche nach einem anderen Standort geht weiter.

Bundeswehr

Der geplante Strukturumbau bei der Bundeswehr bereitet den Celler Kirchturnbspolitiker_innen große Sorgen, könnten er doch für die „Immelmann-Kaserne“ das Aus bedeuten. Deshalb schrieb man einen Haufen Gründe auf, warum gerade der Standort Wietzenbruch nicht in Frage gestellt werden dürfe. Dabei wurde selbstverständlich auch die lange Tradition bemüht, denn der Fliegerhorst besteht seit 1934 (!). Zur Zeit sind in der Kaserne gut 1.000 Soldaten und Zivilangestellte stationiert; selbstverständlich wäre es für sie eine bittere Pille. Aber das sie in einer „Risiko“-Branche arbeiten, hätte ihnen klar sein müssen. Der Stadtrat brachte also eine „Resolution“ an „die da oben“ in Berlin auf den Weg. Immerhin stimmten neben der Linksfraktion auch die Grünen dagegen.



Auf die Brücke - fertig - los!

Anfang November wird der nächste Castortransport nach Gorleben kommen. Die Atomlobby will den Salzstock im Wendland zum Endlager machen - als Rechtfertigung für Laufzeitverlängerung. „Schluss mit dem dreckigen Atomgeschäft!“ fordern Atomkraftgegner. In Dannenberg findet am 6.11. um 13 Uhr eine Kundgebung statt. Von Celle aus fahren Bus(se), 9.30 ab Schützenplatz; Anmeldungen unter 05141-31566.

Ist der Transport im Wendland, gibt es zwei große Aktionsformen, mit denen die Anti-AKW-Bewegung zeigen will: Gorleben darf nicht Endlager werden – und die Atomkraftwerke müssen sofort stillgelegt werden. Zum einen führt „X-tausendmal quer“ erneut eine Blockade auf der Straßentransportstrecke durch. Zum andern wollen sich Castor-Gegner_innen an der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg zu schaffen machen: „Castor schottern“ ist das Motto der Aktion, die darauf abzielt, wenn die Strecke für den Transport gesperrt ist, die Schottersteine aus dem Gleisbett zu entfernen, um die Strecke unbefahrbar zu machen.

DEZENTRALE AKTION

Viele Atomkraftgegner_innen können oder wollen sich nicht an diesen Aktionen beteiligen. Aber: Viele von ihnen wohnen in Städten und Gemeinden, durch die der Castor fährt. Das ist der Ausgangspunkt für eine dezentrale Protestaktion:

Kommt der Castor, wollen Hunderte auf den Brücken oder entlang der Strecke protestieren. Kleingruppen wollen auf den Brücken mit Fahnen, Transparenten, Atomtonnen, Fackeln, Laternen ihren Protest sichtbar machen. Oder sie wollen direkt an die Strecke gehen, gewissermaßen als „Technischer Überwachungsverein“, um dort an (nicht auf!) den Gleisen mit „Lärm und Licht“ den Transportzug dazu zu zwingen, langsamer zu fahren. Zwischen Celle und Uelzen hatte der Transport vor zwei Jahren ein Tempo von über 100 km/h.

Das Celler Forum gegen Atomenergie ruft zu dieser Aktion unter dem Motto „Spazierender Sicherheitscheck“ auf. Wer sich vernetzen oder koordinieren will, sollte am Di., den 2. November, um 20 Uhr zu einem Treffen ins Bunte Haus kommen; Dort soll eine gemeinsamen Telefonkette für den Zeitpunkt des Transports „installiert“ werden, aber auch Gruppenbildungen vonstatten gehen und Streckenabschnitte verteilt werden.

Rote Karte für Atomkraft!

Demoaufruf

Statt endlich abzuschalten wollen die Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW ihre Atomkraftwerke noch jahre- und jahrzehntelang weiter betreiben und täglich eine Million Euro für jedes Atomkraftwerk extra kassieren. Der Regierung und den Konzernen geht es nur um eins: Profite auf Kosten der Sicherheit. Doch jedes Atomkraftwerk ist eine Zeitbombe, und jedes Quäntchen Atommüll, das beim Weiterbetrieb anfällt, ist ein Gramm zu viel. Wir stehen am energiepolitischen Scheideweg: Wird weiter auf Dinosaurier-technologien gesetzt - oder umgehend und konsequent auf Erneuerbare Energien umgestiegen?

Die Alternativen sind längst da, man muss sie nur durchsetzen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien – im Gleichklang mit Energiesparen und Steigerung der Energieeffizienz!

Atommüll ohne Ende

Weltweit gibt es kein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Das hat einen einfachen Grund: das Teufelszeug ist hochgiftig und muss für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abgeschlossen werden. Ein Ding der Unmöglichkeit. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen die havarierten Atommülllager Asse II und Morsleben. Die Asse säuft ab, und Morsleben stürzt ein. Nicht 30.000 Generationen Sicherheit, nur eine Generation Unsicherheit reichte, um das Märchen vom sicheren Endlager zu entlarven. Wir fordern Konsequenzen: Hört sofort damit auf, Atommüll zu produzieren, ihr könnt mit dem vorhandenen schon jetzt nicht umgehen!

Mit Gorleben kommen sie nicht durch!

Demokratie endet, wo es um Atommüll geht: In Gorleben wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligungsrechte der Allgemeinheit ab dem 1. Oktober 2010 die „untertägige Erkundung“ wieder aufgenommen, das heißt, dass der Schwarzbau Gorleben so vollendet werden soll. Der Salzstock in Gorleben, das wissen wir, ist wegen seines Grundwasserkontakts und der nahen Gasfelder als Endlager völlig ungeeignet. Die Standortentscheidung in den Siebzigerjahren war nie begründet, Gorleben wurde geologisch nativlos und willkürlich politisch ausgewählt. „Erkundung“ bis zur Fertigstellung? Nicht mit uns! [...]



Laufzeitverlängerung unverantwortlich

Der ehemalige Atommanager Klaus Traube, seit den späten 1970er Jahren vielgelesener Autor in der Anti-AKW-Bewegung, hat für den Deutschen Naturschutzring (DNR) ein Gutachten vorgelegt, dass die geplante Verlängerung als gegen jede Vernunft entlarvt. Wir dokumentieren das Gutachten in Auszügen:

Vorgesehene Laufzeiten unverantwortlich

Die vorgesehene Verlängerung um 8 bzw. 14 Jahre bedeutet, dass die deutschen AKW so lange in Betrieb sein werden („laufen“) wie bisher noch keins der 441 derzeit weltweit betriebenen AKW. Das älteste derzeit noch in Betrieb befindliche deutsche AKW, Biblis A, begann 1974 die Stromerzeugung, hat also bisher eine Laufzeit von 36 Jahren absolviert. Es müsste nach der bisherigen gesetzlichen Regelung demnächst abgeschaltet werden, soll aber nunmehr noch 8 Jahre weiter laufen. Mithin soll es erst nach 44 Jahren Laufzeit abgeschaltet werden.

So „alt“ ist kein einziges der derzeit 441 weltweit in Betrieb befindlichen AKW; alle noch älteren (vor 1974 in Betrieb gegangenen) AKW wurden bereits abgeschaltet. Insgesamt wurden 125 AKW bereits stillgelegt, darunter auch viele jüngere. Das geschah in der Regel aus Sicherheitsgründen, denn je älter, um so störanfälliger sind AKW.

Mit der neuen Regelung werden die meisten der 17 noch in Betrieb befindlichen deutschen AKW (19 weitere sind bereits abgeschaltet) noch längere Laufzeiten als Biblis A erhalten – und zwar bis zu 50 Jahren. Für derart lange Laufzeiten wurden die deutschen AKW von vornherein gar nicht konzipiert („ausgelegt“).

Aus Sicherheitsgründen erscheinen daher die nun vorgesehenen Laufzeiten als unverantwortlich. Hinzu kommt die ungeklärte Entsorgung des Atommülls. Die Laufzeitverlängerung führt zu noch mehr Müllmassen, die schon in den vorhandenen Zwischenlagern nicht mehr vollständig untergebracht werden können. Man kann sie noch auf Jahrzehnte hinaus nicht in ein sicheres Endlager verbringen; ob und wann evtl. es ein sicheres Endlager geben wird, ist völlig ungeklärt. [...]

Der Ausbau der Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien wird auf mehrfache Weise durch den weiteren Betrieb von AKW behindert, insbesondere wegen mangelnder Flexibilität des AKW-Betriebs. Die Leistung von AKW lässt sich zwar herunter bis zu 50 – 60 % der Volllast einigermaßen flexibel regeln, aber nicht im Bereich noch geringerer Leistung.

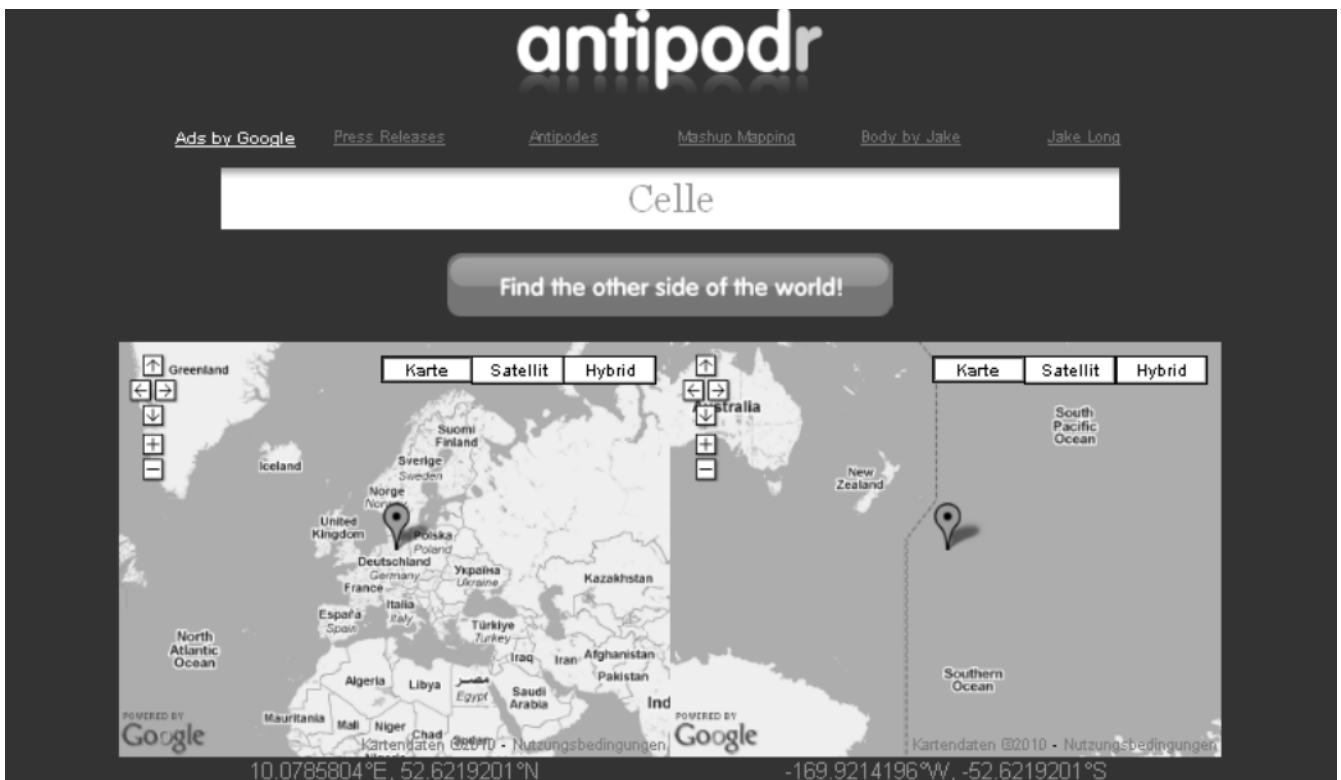
Mit dem weiteren Ausbau der Windkraft und Photovoltaik wird deren zeitlich fluktuierende Erzeugung in Zukunft zeitweise den gesamten Strombedarf decken.



Dann sind alle konventionellen Kraftwerke abzuschalten, während sie zu anderen Zeiten den Strombedarf noch in erheblichem Maß decken müssen. Gaskraftwerke lassen sich flexibel regeln und nach Abschaltung schnell wieder anfahren; AKW benötigen dagegen nach Abschaltung 4 - 5 Tage bis zur Wiederaufnahme der Stromerzeugung. Häufigeres Abschalten wäre daher unpraktikabel, würde den AKW-Betrieb unwirtschaftlich machen, zudem die Reaktorsicherheit (wg. Materialermüdung) gefährden. Dieser Systemkonflikt dürfte dazu führen, dass erneuerbare Kapazitäten in Zukunft mit Rücksicht auf praktikablen AKW-Betrieb abgeschaltet werden, die derzeit gesetzlich fixierte Priorität ihres Einsatzes also in Zukunft obsolet wird. [...]

Die Fotos sind von der Berliner Demonstration am 18. September, wo unter den rund 100.000 Teilnehmenden auch mindestens 100 aus der Celler Region waren (zwei Busse) und symbolisch – siehe unten – den „strahlenden Müll“ im Regierungsviertel hinterließen.





Blick nach Links (2)

Gefragt hatten wir uns als Kinder schon, wo der Geologie-Professor Otto Lidenbrock, die Hauptfigur in Jules Vernes Roman „Reise zum Mittelpunkt der Erde“, wohl wieder zum Vorschein gekommen wäre, hätten er und seine Gefährten sich nicht, mangels anderer Möglichkeiten, in der Mitte der Erdkugel einen Weg freigesprengt und so durch den Krater des Stromboli wieder auf die Erdoberfläche zurückgelangten, sondern wären schnurstracks und lotrecht vom Einstieg aus durch den Globus gelatscht.

Das lässt sich jetzt leicht herausfinden: unter dem Link www.antipodr.com findet sich ein Online-Tool, in das sich eine beliebige Adresse eintippen lässt - in unserem Fall der „Einstiegsort“ der Reise vom Professor Lidenbrock, seinem Neffen und Assistenten Axel und dem Eiderentenjäger Hans Bjelke aus Reykjavik, nämlich den Krater des isländischen Vulkans Snaefellsjökull und schwuppdiwupp, schon erscheint neben der „Start-Landkarte“ die „Ziel-Landkarte“ mit dem Ort am anderen Ende der Welt, an dem die Drei wieder ans Licht gekommen wären .

Und sie wären gut beraten gewesen, hätten sie ein Boot und Proviant dabei gehabt, denn der Ort liegt im Südpazifik, so südwestlich Neuseelands, aufm halben Weg zur Antarktisküste, also nix als Wasser ringsrum und jedes Land weit weg. Die Karten erscheinen als Google-Maps und man kann natürlich auch beliebig in ihnen zoomen und navigieren.

Also eine weitere hübsche Möglichkeit, ein wenig in der Welt herumzureisen: steigt man z.B. in Wladiwostok aus der Transsibirischen Eisenbahn aus, könnte man anschließend den Weg direkt durch den Mittelpunkt der Erde nehmen und käme dann wo raus? Soviel sei verraten: Badezeug nicht vergessen, bis Buenos Aires ist es noch ein Stück.

Transition Town Celle

Die Weitsicht „unserer“ Politiker wird gemeinhin unterschätzt. Hier ein schönes Beispiel aus dem Jahr 1979. Damals befasste sich die Westerceller CDU mit Energiefragen und wusste „*Ohne Kernenergie keine vernünftige Versorgung*“. Der referierende Celler Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Hubrig hatte einige überzeugende Argumente, die CZ zitierte ihn so: „*Selbst die Ausnutzung der regenerativen Energiequellen verursachen klimatische Veränderungen. Bei der Inbetriebnahme von Windmühlen trocknet das umliegende Erdreich durch Sog aus, Wasser ist bereits völlig als Energiespender in unserem Land ausgenutzt und die Sonnenscheindauer zur Gewinnung von Solarenergie hat in unseren Breitengraden nicht die notwendige Intensität. Zudem können die regenerativen Energiequellen lediglich 2,5 Prozent unseres Energiebedarfs auffangen und benötigen zur Energiegewinnung Strom.*“ (CZ, 05.06.1979)

Der „*ausgezeichnete Vortrag*“ (so die CZ) dürfte einigermaßen misstrauisch machen gegenüber aktuellen Beschwörungsformel. Und so ist es mal wieder an den Bürgerinnen und Bürgern der Vernunft eine Schneise zu schlagen.

Die Transition Town Initiative Celle will genau dies: Sich kritisch mit den Folgen von Klimakrise und Peak-Oil beschäftigen – und nach Wegen suchen, die den gesellschaftlich erforderlichen Wandel vorantreiben. Dabei kann es längst nicht mehr nur darum gehen, den Erneuerbaren Energien Vorrang zu verschaffen. Es geht vielmehr um die Erkenntnis, dass nicht Vieles so bleiben kann, wie es ist.

Die Diskussionsfelder betreffen nahezu alle Bereiche der Gesellschaft: Mobilität, Ernährung, Konsum, Produktion ...

Deshalb kann sich auch jede und jeder mit den eigenen Kenntnissen und Interessen einbringen. Die Initiative ist noch ganz am Anfang. Wer sich informieren oder mitmachen will, kann sich über folgende e-mail-Adresse an die Gruppe wenden:

transition-town-celle@gmx.de

Bioenergiedorf Ahnsbeck

Das Konzept, ein Dorf mit der Energie vom Acker zu versorgen, ist nicht neu. Holz, Stroh und Mist waren schon früher Energieträger, die lokal erzeugt und verheizt wurden. Mit dem billigen Erdöl begann dann auch in der Landwirtschaft eine andere Phase: Trecker und Erntemaschinen laufen mit Diesel, Düngemittel werden aus Erdöl hergestellt, die Weiterverarbeitung der Ernten braucht Strom und Öl, und müssen als Lebensmittel weiter transportiert werden.

Seit der Krise der Energieversorgung, die Erdöl und Gaspreise immer weiter ansteigen lässt, versuchen auch einige Kommunen, eine andere Energieversorgung zu erreichen und erinnern sich an die nachwachsenden Rohstoffe vor ihrer Haustür. Bioenergiedörfer wollen mit einer Dorfzentralheizung und lokal erzeugter elektrischer Energie autark von externen Energiekonzernen werden- und dabei das Klima schützen.

Eine Gemeinde im Landkreis Celle geht jetzt diesen Weg – Ahnsbeck mit seinen knapp 1700 Einwohner_innen. Das Konzept setzt auf ein dezentrales Heizkonzept mit Biomasse, ergänzt durch Holzhackschnitzel.

EEG schafft Voraussetzungen

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) schafft über garantierte Sondervergütungen Anreize für Investitionen in Biogasanlagen. Bis 2020 soll laut EU-Vorgabe 20 Prozent aller Energie aus regenerativen Quellen stammen. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz könnte 10 bis 15 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs durch heimische Biomasse abgedeckt werden. Problematisch ist dabei sicher, wenn die Biogasanlagen hauptsächlich mit Maissilage betrieben werden. In dem Fall gibt es überall dort, wo Biogasanlagen entstehen eine Agrarflächenkonkurrenz unter den Landwirten. Bauern, die keine Biogasanlage betreiben, können nicht mit den Pachtpreisen konkurrieren, die Biogasenergiebetreiber, die durch das EEG gefördert werden, zahlen kön-

nen. So findet ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Lebensmittel erzeugenden Landwirte statt; von den ökologischen Folgen der Monokultur mal ganz abgesehen.

Ob sich eine Biogasanlage wirklich günstig auf das Klima auswirkt, hängt von der mehr oder weniger guten Technik ab. Nur bei großen, gewerblichen, über einen Megawatt produzierenden Anlagen sieht das EEG vor, das diese gasdicht sein müssen. Bei kleineren, landwirtschaftlichen Anlagen noch nicht. Bei manchen Anlagen, die nicht gasdicht gebaut sind, können Verluste des klimaschädlichen Methans, das in die Umwelt entweicht, bei bis zu fünf Prozent liegen. Und schon ab drei Prozent Gasaustritt ist der positive Klimaeffekt der Biogasanlage aufgehoben. Die Klimabilanzen der Biogasanlagen hängen also von der Technik ab und von der eingebrachten Biomasse. Biogasanlagen könnten auch zum Teil mit allen entstehenden Grünabfällen, Hausmüll und Klärschlamm beliefert werden, jedoch ist dabei der Gasertrag niedriger und somit auch der finanzielle Gewinn.

Der unschlagbare Vorteil der Biomasse ist sicher die langfristige Speichermöglichkeit von Energie. Dadurch kann eine Versorgung mit Wärme und Strom ergänzend zu Sonnen- und Windkraft unabhängig von den Wetterbedingungen gegeben sein. Aber es ist klar, dass eine Kommune, die energieautark werden will, nicht ausschließlich auf Biomasse setzen kann, sondern ebenfalls Wasser, Wind und Solarenergie in ihr Energiekonzept integrieren muss, damit es für die Zukunft ökonomisch und ökologisch Sinn macht.

Das Ahnsbecker Konzept

Wie sieht das ganze nun in Ahnsbeck aus? Hat der Ort in Zukunft den Titel „Bioenergiedorf“ verdient?

242 Haushalte haben sich dort auf Initiative der Gemeinde hin zu einer Energiegenossenschaft zusammen-



Aktuell werden 37 Biogasanlagen in der Stadt und Landkreis Celle betrieben. Die Gesamtmaisbaufläche ist im Kreisgebiet von 2003 im Umfange von ca. 3.100 ha auf 7.830 ha im Jahr 2007 gestiegen. Zeitgleich sind Artenabnahmen bei Vögeln in einem Teilbereich des Landkreises festgestellt worden.

geschlossen. Der Genossenschaftsanteil pro Haushalt beträgt gerade einmal 300 Euro, und es gibt einen vertraglich zugesicherten Arbeitspreis für z. B. ein mittleres Einfamilienhaus von 5,98 Cent pro Kilowattstunde für die angelieferte Wärme für die nächsten fünf Jahre. Zum Vergleich: bei der SVO kostet die Kilowattstunde hierfür 5,75 Cent, jedoch ohne Preisgarantie für die nächsten Jahre. Hinzu kommt, dass bei der Ahsnbecker Variante wirklich nur der reale Verbrauch angerechnet wird. Während beim herkömmlichen Warmwasserkessel in jedem Haushalt schon nur für die Vorhaltung des Warmwassers Gas verbraucht wird und Kosten entstehen, ist das Ahsnbecker Nahwärmenetz deutlich günstiger, da es in den einzelnen Haushalten keine kostenfressenden Wasserkessel mehr gibt.

Bezuschusst wird das Projekt mit 1,6 Mio. Euro aus Bundesmitteln. Vertragspartner der Ahsnbecker Genossenschaft ist die emsländische Firma Corn Tec., die sowohl Betreiberin der Biogasanlage ist, die bereits vor ca. vier Jahren errichtet wurde, als auch von den beiden Blockheizkraftwerken, die jetzt am Ortsrand errichtet werden. Corn Tec. hat bereits 10 ähnliche Projekte im ganzen Bundesgebiet realisiert.

Regionale Wertschöpfung

Elf über 20 Jahre vertraglich gebundene Landwirte aus der Region bauen in Zukunft auf 235 Hektar Mais an und beliefern damit die örtliche Biogasanlage. Von dort wird das Gas zu den zwei Blockheizkraftwerken (500 KW) geleitet. Hier wird teils Strom produziert, der ins Netz eingespeist wird und außerdem Wärme erzeugt, die durch das durch den ganzen Ort verlaufende Nahwärmenetz in Form von 80 Grad heißem Wasser bei den einzelnen Haushalten ankommt. Neu eingebaute Wärmetauscher, die im Betrag für den Genossenschaftsanteil enthalten sind, speisen dann damit die häuslichen Heizsysteme. Darüber betreibt die Genossenschaft in der Ortsmitte ein Holzhackschnitzelwerk, das bei extremer Kälte in Betrieb genommen werden kann. Dabei wird auf regionale Wertschöpfung Wert gelegt: Es soll konsequent der jährlich anfallende Holzschnitt von Wirtschaftswegen sowie Holzabfälle aus der heimischen Forstwirtschaft genutzt werden und Zukauf von Holz aus anderen Regionen vermieden werden. Schon Ende dieses Jahres sollen die ersten Haushalte an das Nahwärmenetz angeschlossen sein.

Abschließend bleibt das Ahsnbecker Energiekonzept sicher positiv zu bewerten. Der wesentliche Kritikpunkt wäre an Corn Tec. zu richten, die ihre Biogasanlage ausschließlich mit Mais beliefern lässt, was sicher zum Nachteil der Flora und Fauna im Landkreis sein wird.

Biogasdebatte im Landtag

Zurzeit werden für den Maisanbau für Biogasanlagen in Niedersachsen 28 % der Anbaufläche verwendet. Im Ammerland, in Cloppenburg, in Cuxhaven, in Leer, in Osterholz und der Wesermarsch sind es mittlerweile sogar mehr als 50 %. Derzeit gibt es in Niedersachsen etwa 900 Biogasanlagen, die mehr als 3,5 Millionen Megawattstunden Strom produzieren. Damit können bei einem Durchschnittsverbrauch von 4 000 Kilowattstunden pro Haushalt und Jahr ca. 875 000 Haushalte in Niedersachsen mit Strom versorgt werden.

Anfang November fand im Niedersächsischen Landtag eine Debatte zum Thema statt, in der insbesondere von Seiten der Bündnisgrünen und der Linksfraktion die Probleme angesprochen wurden. Wir dokumentieren einen Ausschnitt aus der Rede von Christan Meyer (Bündnis '90/Die Grünen):

Mais in Monokultur für Biogasanlagen ist ein großes Problem. [...] Artenvielfalt und Grundwasser werden belastet. [...] Nitratgrenzwerte werden an immer mehr Stellen in Niedersachsen überschritten. Zusammen mit der Massentierhaltung bekommen wir ein riesiges Umweltproblem. Es ist richtig: Diese Form der Landnutzung hat nicht nur nachteilige Auswirkungen auf Böden, Wasser, Landschaftsbild und biologische Vielfalt, sondern verdrängt auch die Lebensmittelerzeugung von knappen Böden und erhöht die Pachtpreise. Daher fordern wir eine ganzheitliche Öko- und Sozialbilanz für den Energiepflanzenanbau. Palmöl aus Regenwaldgebieten zu importieren, um damit niedersächsische Autotanks zu füllen und unsere eigene Klimabilanz zu schönen, ist klimapolitisch und sozial eine Katastrophe. Da wäre ein Importstopp überfällig. [...]

„Food first“ ist unsere Linie auf allen Ebenen. Das heißt aber auch, dass wir über unseren überbordenden Fleischkonsum reden, ihn zurückfahren und den Energieverbrauch insgesamt reduzieren müssen. Wie Sie wissen, werden über 30 % der Ackerflächen weltweit für den Futtermittelanbau verwendet, ungefähr 10 % für Bioenergie. Deshalb muss man auch über eine Reduzierung des Fleischkonsums reden, wenn wir etwas gegen den steigenden Flächenverbrauch machen wollen. Um es anders auszudrücken: Es geht da immer auch um den Welthunger; unsere Schweine, Hühner und Puten fressen das Brot der Armen.

Wir brauchen für den Biomasseanbau klare Nachhaltigkeitskriterien. Dazu gehört ein naturverträglicher Anbau, der Biodiversität fördert, auf Gentechnik verzichtet und Monokulturen ausschließt. Wir brauchen verbindliche Fruchtfolgen, einen Verzicht auf Kunstdünger und Pestizide und vielfältige Blühpflanzen zur Bioenergieproduktion. [...]

Deshalb sage ich: Es reicht nicht, wenn Bioenergien nur am Ende der Produktionskette wirklich bio sind. Wir brauchen vielmehr vom Anfang bis zum Ende eine faire Ökobilanz. [...] Für uns ist bei der ganzen Debatte über eine ideologiefreie Energiepolitik auch wichtig, unsere Konsummuster zu überprüfen. Energieeinsparung muss Vorrang haben. Die Erzeugung von Bioenergien darf nicht unseren verschwenderischen Umgang mit Energie rechtfertigen oder fortsetzen. Deshalb brauchen wir hier einen Vorrang der Energieeinsparung vor der Substitution durch Bioenergie.

Die gesamte, durchaus aufschlussreiche Debatte findet sich im Stenobericht der 82. Sitzung des Landtages am 08.09.2010 als pdf unter: http://www.landtag-niedersachsen.de/ltnds/live/admin/live.php?cms_id=444



Hallihallohallöchen sehr verehrte Leser_innenschaft.

Da sind wir wieder mit unserer mittlerweile bereits vierten Ausgabe im wohlbehüteten Mittelteil der Revista. Diesmal mit einigen Neuigkeiten aus dem Bunten Haus. Nach der ganzen Aufregung um die Besetzung des Schlachthofgeländes in Wietze durch einige Tierrechtsaktivist_innen in diesem Sommer, lassen wir die Zeit noch einmal u.a. mit einer Fotocollage Revue passieren.

Genug der großen Vorreden, wir wünschen viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion

P.S. Nach einigen redaktionellen Umbesetzungen freuen wir uns im Dezember mit unserer Jubiläumsausgabe wieder voll durchstarten zu können! (:

DEKA DANCE

**11. DEZEMBER 2010
WINTERSPEKTAKEL
IM BUNTEN HAUS:**

Seit ein paar Wochen feilen einige junge Menschen an der nächsten Dekadance. Diese Partyreihe, die jahrelang das Feierhighlight der Celler Jugendlichen war, soll nach 2 Jahren endlich wieder zum Leben erweckt werden. Die Dekadance unterschied sich schon immer von jeder anderen Party in Celle: Jede Dekadance stand unter einem anderen Thema, zu dem es sich zu verkleiden galt, es gab zahlreiche verschiedenen Musikacts, die keine Wünsche offen ließen. Nirgendwo gab es so viele verschiedenen Musikgenres an einem Abend oder so ein großes Getränkeangebot zum kleinen Preis.

Am 11. Dezember will das Bunte Haus sich wieder herausputzen und mit euch die Auferstehung der Dekadance feiern.

Das Treffen zur Organisation und Dekoration findet jeden Sonntag abend, 19:00 im Bunten Haus statt. Jede_r der Bock hat mitzuerleben,

wie eine Party organisiert und auf die Beine gestellt wird, ist herzlich eingeladen, an den Treffen teilzunehmen.

GEPUTZT UND GE- BOHNERT

KREATIVRAUM IM BUNTEN HAUS GRUNDRENOVIERT

Eine kleine aber feine Meldung am Rande: Der „Kreativraum“ im Bunten Haus, der große Raum in der ersten Etage, in dem Vorträge, Informationsveranstaltungen und Plenas stattfinden, zeigt sich seit einigen Wochen in neuem Glanz. Mehrere Wochenenden und vorallem Nächte verbrachte eine kleine Gruppe junger Menschen damit, die Wände und Decken neu zu streichen, die Dielen abzuschleifen, mehrfach zu

lakieren und die Türen und Fußleisten zu erneuern. Als sich die Türen wieder öffneten und das ZK Schöner Wohnen erschöpft aber glücklich das Zimmer verließ, war es vollbracht, der Raum grunderneuert und verschönert.

Der Kreativraum wurde 2000 ausgebaut und grunderneuert. Die Mittel dafür stellte die LAGS, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur zu Verfügung, um das Bunte Haus zu unterstützen. Jetzt war es mal an der Zeit, den Raum aufzufrischen und die Sache selber in die Hand zu nehmen.

ÜBRIGENS:

Dr. Fragezeichen hat in den letzten Wochen so viele Zusendungen bekommen, dass er sich leider nicht entscheiden konnte, worum er sich denn in dieser Ausgabe kümmern soll. Ihr seid natürlich trotzdem weiterhin dazu eingeladen, ihn mit euren Problemen zu belästigen.

dr.fragezeichen@gmx.de



E N D - G Ü L T I G : K E I N S C H L A C H T H O F I N W I E T Z E

D I E M E N S C H E N S I N D Z U R B E S I N - N U N G G E K O M M E N

Nachdem es in den letzten Wochen wieder vermehrt Aktionen rund um den Bauplatz für den Schlachthof in Wietze gegeben hat, einige Baumaschinen in Flammen aufgegangen sind und Arbeiter aktiv an ihrer Arbeit gehindert worden sind, war der Rothkötterkonzern dazu genötigt, sich nach einer neuen ausführenden Baufirma umzusehen.

Arbeiter und Bauleiter hatten ihre Arbeit niedergelegt, nachdem sie mehrfach von Unbekannten angegriffen worden waren. Auch mit der Wasserversorgung sah es immer schlechter aus: Nachdem die CZ noch Anfang Oktober berichten konnte, dass die Stadtwerke (SVO) das Wasseraufkommen von ca. 1,5 Milliarden Liter im Jahr ohne Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel aufbringen kann, musste die Konzernleitung auch hier letzte Woche eine Niederlage erleiden:

Die Versorgung mit Trinkwasser wird nicht von den Stadtwerken übernommen werden (können).

„Auch Bohrrechte um selbst Grundwasser abzuschöpfen wird es nicht geben“, so ein Sprecher der SVO. Dieser ließ in einem Pressegespräch durchsickern, dass es eine Zahlungsverprechungen an die Stadtwerke gab, die daran gebunden waren, eine Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten. Nachdem auch ein unabhängiges Gutachten klärte, dass, entgegen der Behauptung von SVO und Rothkötter, ein Absinken des Grundwasserspiegels um mindestens zwei Meter und bis zu 4 Meter im Westkreis Celles zu erwarten sei, war es auch für die korrupten Stadtwerke nicht mehr haltbar, hier eine Versorgung für den größten Schlachthof Europas bereitzustellen.

Die Geschäftsführer des Konzerns, der jetzt schon 25% des deutschen Hühnerfleisches produziert, stritten eine Bestechung zunächst ab. „Es sind keine Gelder an die Stadtwerke geflossen“ Gegenteiliges bewies zwei Tage

später die Staatsanwaltschaft und ermittelt jetzt sowohl gegen die Stadt Celle als auch gegen den Rothkötterkonzern. Zeitgleich zu der verfahrenen rechtlichen Auseinandersetzung um Rothkötter und seine Schlachtfabrik, setzen sich die Menschen der Bürgerinitiative in Wietze jetzt dafür ein, das Gelände von der Gemeinde zurück zu kaufen und - symbolisch und praktisch wertvoll - einen Findelhof für verletzte Wildtiere, ausgesetzte Haustiere und andere Lebewesen in Not zu errichten. Fördergelder bekommen die Tierfreunde und Schlachthofgegner hierbei von der EU selbst. Hier fließen nun Gelder, die nach einem außerordentlichen Zusammenkommen der Agrarminister der EU-Länder, aus der Subvention von Mastbetrieben gekürzt worden sind. Die Stadtverwaltung Celles bemüht sich seit diesen Ereignissen um den Titel „tierfreundlichste Stadt Europas“, um für den Ausbau der Allerinsel zu einem riesigen Vegan-Vergnügungs-Park Gelder bewilligt zu bekommen.



Auch Nilpferd und Zebra würden sich jetzt in Wietze wohlfühlen.

Dass der gesamte Artikel auf der vorigen Seite nicht im Entferntesten der Realität entspricht, ist nicht nur traurig, sondern wird außerdem täglich vielen Lebewesen das Leben kosten. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, zumindest einige von den Aspekten wahr werden zu lassen. Doch das funktioniert nur, wenn Menschen anfangen zu denken, aus ihrem Denken Schlüsse ziehen und anfangen zu Handeln. Leichter wäre es natürlich ohne einen am Arbeitsmarkt orientierten Rat in Witze, ohne profitgeile Konzerne, mit einem gesunden Verständnis aller Menschen von der Würde auch anderer Lebewesen und ohne Kapitalismus, doch weil wir das nicht wegzaubern können, müssen wir es abschaffen!

Diese Fotos sollen an die Aktionen erinnern, die im vergangenen Sommer auf dem Feld in Wietze stattgefunden haben.



Die Homepage der Besetzer_innen : antiindustryfarm.blogspot.de

M O R D C A S T O R UND TOT- W I D E R - SCHLAG IM S T A N D BESCHAU- LICHEN UN- TERLÜSS

Laut Ankündigung auf der Homepage des Rüstungskonzerns Rheinmetall Defence fand am 6. und 7. Oktober in Unterlüß im Landkreis Celle das sogenannte „Infantry Symposium 2010“ unter dem recht eindeutigen Motto „Infantry leads the way“ statt. Offensichtlich eine Veranstaltung, auf der Rheinmetall und ähnliche Firmen ihre Produkte den interessierten Konferenzteilnehmer_innen vorstellten – als Highlight war eine „impressive demonstration of (...) day and night live firing“ angekündigt. Selbstverständlich war all dies nur ausgewählten Personen zugänglich, nicht dass noch jemand erfährt, was da gerade für eine attraktive Produktpalette direkt vor der Haustür präsentiert wird...

In einem System, in dem Krieg und Militär als legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen gelten, kommt eine solche Meldung sicherlich nicht überraschend, dennoch sollte sie eine kurze Erwähnung hier wert sein - It's fucking Capitalism, baby!

„Genug ist genug - gemeinsam kommen wir zum Zug. So, als wäre nichts gewesen, soll im Herbst wieder hochradioaktiver Müll nach Gorleben verbracht werden. Und das, obwohl im letzten Jahr Hunderttausende von Menschen gegen Atomkraft protestierten und die Gefahren der Atomtechnologie unkalkulierbar sind.“

Trotz allem soll es heißen: Weiter so! Trotz alledem soll die Laufzeit von AKWs verlängert werden. Trotz alledem soll der Endlagerstandort weiter ausgebaut werden!

Das macht uns wütend! Aus dieser Mut wird Wut; deshalb ist es an der Zeit, nicht nur das ‚Nein!‘ gegen Atomenergie auf die Straße zu tragen, sondern beim Castor einen Schritt weiter zu gehen. Unsere Aktion: Schottern gemeinsam mit underten, tausenden von Menschen, die aus unterschiedlichstem politischen, sozialen Alltag kommen, wollen wir am Transporttag auf die Schienenstrecke gehen. Wir sind entschlossen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöhlen und sie damit für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen.

Es ist alles gesagt - es ist legitim zu handeln.“



ALODO – Eine Chance für Kinder

Der Verein Alodo – Eine Chance für die Kinder in Benin wurde im April 2000 gegründet. Die Idee zu dem Verein entstand durch eine zufällige Begegnung mit einem beninischen Studenten. Ursprünglich sollte mit Hilfe des Vereins einigen Kindern in Benin die Chance gegeben werden, eine Schule zu besuchen und vielleicht eine Ausbildung machen zu können.

Aus dieser Idee entwickelten sich folgende Projekte:

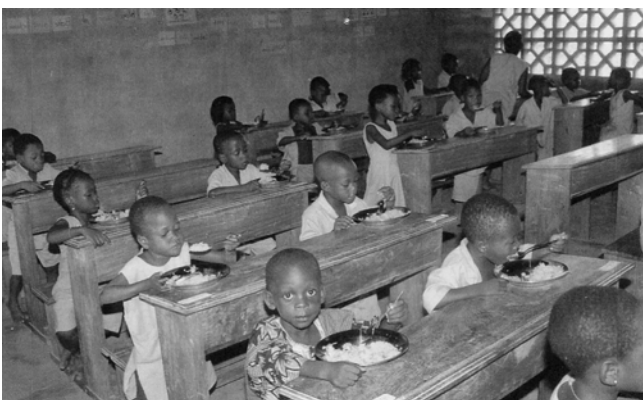
Schul- und Ausbildungszentrum Bethleem

Mehr als 540 Kinder erhalten eine Schulbildung vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe I. 21 junge Menschen werden zu Schneider_innen, Friseur_innen oder Fotograf_innen ausgebildet. Gleichzeitig leben im Projekt Bethleem fast 30 Kinder, die elternlos sind oder aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen.

Kranken- und Aidsstation Womey

In dieser dezentralen Ausbildungsstätte des Schul- und Ausbildungszentrums Bethleem werden ständig 12 Krankenschwestern und -pfleger ausgebildet, die nach ihrer Ausbildung einen ambulanten Dienst in den Dörfern der Umgebung leisten. Hierfür werden sie von Alodo mit Fahrrädern und den notwendigen Medikamenten ausgestattet.

Die Kranken- und Aidsstation wurde von Alodo aufgebaut. Für die mittellosen Patienten trägt Alodo die Kosten der Untersuchungen, der medizinischen Betreuung und der Medikamente.



Dorfschule in Lokossa-Savi

Sie wurde 2010 mit vier Klassen neu gebaut. Ebenfalls wurde ein Brunnen und Toiletten eingerichtet. 350 Kinder besuchen die Schule. Die Kinder mittelloser Eltern erhalten Schulmaterial und Schulkleidung.



Dorfschule in Houeto

Der erste Teil eines Schulbaus mit drei Klassen wurde im Februar 2010 eingeweiht. Ein zweiter Teil, Brunnen und Toiletten befinden sich im Bau. Ca. 100 Kinder besuchen die Schule.

Ausbildungszentrum Agbanto

Hier werden 10 Schreiner ausgebildet.

Adjarra

In dem Dorf Adjarra lebt Schwester Marie-Josephine, eine ruandische Nonne, mit 30 Waisenkindern im Alter von zwei Wochen bis 18 Jahren in zwei kleinen Räumen, größtenteils aber unter freiem Himmel. Viele Kinder sind krank, einige HIV-positiv. Alodo gewährt z.Zt. einen Zuschuss zur Ernährung der Kinder und sorgt über die 100 km entfernte Krankenstation in Womey für die medizinische Versorgung.

Weitere Infos gibt's im Weltladen Celle oder unter:

www.alodo.de



Von Ungemach und Störenfrieden

Alle Jahre wieder, mensch kennt es schon. Sonnwendfeiern und Erntedankfeste auf dem Hof Nahtz in Eschede sind bei den norddeutschen Naziaktivisten fester Bestandteil der Jahresplanung.

Und so fand am 25.09.2010 wieder mit etwa 100 Neonazis das traditionelle Erntedankfest in Eschede bei Joachim Nahtz statt, organisiert von den „Düütschen Deerns“ und dem NPD Landesverband Niedersachsens. Beworben wurde diese Veranstaltung bereits am 14.08.2010 bei dem Naziaufmarsch in Bad Nenndorf.

Neben kulinarischen und kulturellen Deutschtümeleien wurde durchaus wieder politisch agitiert. Prominenter Redner war Thorsten Heise, ein seit etlichen Jahren aktiver Neonazi, der seine „Karriere“ bei der FAP (verboten 1995) begann, sich dann in der Kameradschaftsszene organisierte – in der von ihm geführten Kameradschaft Northeim und der neu gegründeten und ebenfalls vom ihm geführten Kameradschaft Eichsfeld – aber auch seit 2004 der NPD angehört. Laut Eigenangaben der Neonazis gab es Stände mit Büchern und CDs; so war für den politischen Background gesorgt.



Eine Gegendemonstration, angemeldet von DGB und Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, wollte auf des „Heidenspektakel“ aufmerksam machen und sich gegen die Naziaktivitäten positionieren. Diesmal waren die behördlichen Auflagen nicht – wie im Sommer zur Sonnenwendfeier und im August zum Rechtsrockkonzert – unakzeptabel, die Demo durfte in Hör- und Sichtweite der anreisenden Nazis stattfinden. Etwa 100 Menschen nahmen daran teil.

Der Landkreis Celle überprüfte am Nachmittag die Naziveranstaltung und untersagte wegen fehlender Schankgenehmigung das Ausschänken von Alkohol. Auch Verstöße gegen das Lebensmittelrecht wurden festgestellt und nachdem die Mängel am Abend nicht behoben waren, wurde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Die gleichen Verstöße wurden im August beim

Rechtsrockkonzert festgestellt, die Ermittlungen laufen noch.

Dieses behördliche Vorgehen lässt vermuten, dass die Behörden die Naziveranstaltungen nicht mehr als rein „privat“ ansehen. Vielleicht wird dann in Zukunft einmal überprüft, ob diese „Feste“ nicht als jugend- und kindergefährdend eingestuft werden können – ein seit mindestens einem Jahr formuliertes Anliegen des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus.

Ein Novum war das Rechtsrockkonzert am 21.08.2010. Etwa 600 Neonazis aus dem In- und Ausland trafen sich in Eschede um an einer angeblichen Privatfeier des mehrfach verurteilten Neonazis Marcus Winter teilzunehmen. Die dort erschienenen Neonazis entsprachen optisch nicht dem deutschtümelnden Bild von Nazis, wie sie sonst in Eschede zu sehen sind – es waren Nazis, wie aus dem Bilderbuch des Grauens.

Ein Kommentar dazu von Anna und Klaus:

Bericht zum Nazitreffen in Eschede, einem spontanen Protest und der Reaktion von Öffentlichkeit und Polizei.

„Jeder Tag ein Ferientag und kulturell immer einen Schritt voraus“ So präsentiert sich die Samtgemeinde Eschede auf ihrer offiziellen Webseite und wirbt mit „Festivals, die „überregional Aufmerksamkeit erregen und Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet anlocken“.

So geschehen auch am letzten Samstag. Da luden bundesweit die bekannten Nazigrößen M.W. und T.S. zur großen Rockparty nach Eschede auf den Hof Nahtz.

Zu feiern gab es einiges: den Todestag von Rudolf Hess und die Haftentlassung jenes Marcus Winter, darum auch das Partymotto: „Jetzt kommt der Winter“.

Auch war's mal wieder Zeit, sich ungestört zusammen zu finden und mit Gleichgesinnten die nationalsozialistische „Sau“ raus zu lassen. Was lag also näher, als jenen einladenden Ort in der Südheide für das große Festival anzupeilen, der schon seit Jahren als Garant für ungestörtes Zusammentreffen bekannt ist und sich immer stärker zum „kulturellen“ Zentrum der norddeutschen Nazibewegung entwickelt, dem Nahtz-Hof in Eschede.

Größere Proteste sind hier nicht zu erwarten. Lokale Politik und die Mehrzahl der Escheder Bürger betrachten das Treiben auf dem Hof als vernachlässigbare Randerscheinung, solange Sonntagsruhe und Gartenzwergidylle nicht ins Wackeln geraten.

Doch mit dieser Ruhe war und ist es seit einiger Zeit vorbei.

*Immer öfter erdreisten sich Störenfriede gegen das unge-
nährte Nazitreiben zu protestieren und das mitten in Es-
chede. Ungewollt und ungerufen. Linksradikale Extremis-
ten seien sie, gefährliche Gewalttäter, Ruhestörer, Brunnen-
vergifter, kurzum die eigentliche Bedrohung.*

*Polizei und Ordnungsamt stoßen ins gleiche Horn, ma-
chen aus jedem Auftreten der nie mehr als 250 bis 300
„Unbelehrbaren“ ein mittleres Aufstandsszenario und erstick-
en jeden wirkungsvollen Protest mit einem Wust von
Auflagen und dem ganzen Spektrum polizeilicher Auf-
standsbekämpfung, nach dem Motto: auf jeden Demonst-
ranten mindestens zwei Bewacher, ab hundert jeweils einen
Wasserwerfer und falls es mehr als 200 werden einen beob-
achtenden Hubschrauber. Wohlgemerkt. Hier geht es um
uns bürgerliche Gegendemonstranten, nicht um die auf-
marschierenden Nazis.*

*Auch am letzten Samstag nicht. Die anreisenden ca. 600
Skinheads, Kameradschaftler und Blood and Honour Grö-
ßen aus dem In- und Ausland wurden zwar gründlich per-
sonenkontrolliert, aber an ihren eigentlichen Absichten
nicht gehindert. Auch an der Festivaldurchführung gab es
von Seiten der Ordnungsbehörden nichts Gravierendes zu
bemängeln, einem ungestörten Verlauf stand also nichts im
Wege. Ein beträchtliches Polizeiaufgebot sorgte für geregel-
ten Einlass und störungsfreien Ablauf, sowie gesichertem
Begleitschutz vom Bahnhof Eschede zum „Festivalgelände“.*

*Die Anmelder einer Gegendemonstration hatten schon
zwei Tage vorher entnervt ihren Antrag zurückgezogen.*

*Nicht ganz überzeugt von der „Harmlosigkeit“ des Auf-
tritts von Bands, die sich „12 Golden Years“ nennen oder
„Sturmtrupp“, „Alte Schule“ und „Endless Pride“ und mit
„Oidoxie“ eine veritable Supergruppe der rechten Brutal-
zene aufmarschieren ließen, machten sich auch 20 Unent-
wegte auf, wenigstens einen Anschein von Unbehagen zu
äußern (nicht 25, wie die CZ in maßloser Übertreibung
berichtete).*

Ein Unternehmen mit Schwierigkeiten.

*Als nicht angemeldeter Demonstrationszug unterlagen
jene 20 dem gnadenlosen Vollzugsprozedere der polizeili-
chen Einsatzkräfte und seltsamerweise einem deutlichen
Kompetenzwirrwarr. Schickte uns der erste Einsatzleiter
nur etwa 200m weit weg vom Geschehen, folgte kurz dar-
auf die nächste Order nach größerem Abstand. Als wir
dann drittens endgültig ungesehen hinter ein Maisfeld ver-
schwinden sollten, platzte auch dem letzten unsrer wacke-
ren Mitstreiter der Kragen und unisono wurde dieser Art
Demonstrationsverbot eine Absage erteilt.*

*Diese Weigerung führte zum letzten Akt unseres Ver-
suchs, irgendeine Form bürgerlicher Zivilcourage zu zeigen
und nach langem Hin- und Hertelefonieren zum Auftritt
des Obergesamts- und überhaupteinsatzleiters, der in rüdestem
Amtsdeutsch mit den strafrechtlichen Folgen unserer Miss-
achtung drohte und ultimativ die Beendigung dieser nicht
genehmigten Versammlung ankündigte.*

Wir kapitulierten vor solch massiver Einschüchterung,



*waren wir doch mit einem Altersdurchschnitt von weit ü-
ber den 50ern, fern von jedweder militanten Robustheit,
die so manchen desillusionierten Mitstreiter aus den jünge-
ren Antifa-Kreisen auszeichnet.*

*Für einige von uns, die solche Situationen noch nie ken-
nen gelernt hatten, eine nachdenklich machende Lehrstun-
de in Sachen Bürgerprotest und gesellschaftliches Flagge zei-
gen.*

*Eskortiert von der Polizei durften wir beim Passieren der
wartenden Naziautos noch mal das gesamte Spektrum zivi-
lisatorischer Verirrungen hautnah erleben. Ein Szenario
zum Fürchten.*

Ach ja!

*Der Bürgermeister von Eschede bedauerte laut CZ die
Verkehrsregelung der Polizei und das Ungemach, welches
den Bürgern dadurch zugemutet wurde.*

*Werte Nazis, wenn ihr in Zukunft also nicht wissen soll-
tet, wo ihr euch treffen könnt, kommt ruhig zu uns nach
Eschede, sorgt aber bitte dafür, dass wir davon nicht so viel
mit bekommen. Ihr wisst schon:*

Die Ruhe und die Gartenzwerge!

Niederöhe, den 23.08.10, Klaus Jordan, Anna Jander

Das nächste Nazitreffen in Eschede steht wieder vor der
Tür, die Wintersonnwendfeier. Eine Gegendemonstra-
tion ist für den 18.12.2010 angemeldet.

Dans up de deel

Armes Eschede. Jetzt kommen die Nazis zum Feiern
sogar schon ins Schützenheim. Am ersten Oktoberwo-
chenende waren uneingeladen (?) mehrere Neonazis der
Kameradschaft 73 bei einer privaten Feier im Heim des
Escheder Schützenvereins aufgetaucht. Als sie beim
Tanzen ihre nackten Oberkörper mit Aufklebern für ei-
nen „Nationalen Sozialismus“ versahen, wurden sie von
der Veranstalterin heraus komplimentiert. So jedenfalls
die CZ. Der Vorsitzende des Schützenvereins distanzier-
te sich – wie es sich gehört – „ganz klar davon“. Um mit
dem für Eschede üblichen Reflex gegenüber der CZ hin-
zuzufügen, dass der Verein jede extremistische Haltung,
egal ob rechts oder links, ablehne.

Etwas merkwürdig mutet an, dass der Verein über-
legt, „ob die Frau, die das Heim angemietet hatte, für
eine erneute Vermietung infrage komme.“ (CZ) Wieso
das denn, wenn die „Gäste“ ungeladen waren?

Yezidische Religion vor dem Wandel?

Die yezidischen Kurden sind in Celle die größte Migrant_innengruppe. Sie lebt heute in einem weitgehend spannungsfreien Nebeneinander zu alteingesessenen „Biodeutschen“ wie auch zu anderen migrantischen Gruppen. Die Religion ist in den vergangenen Jahren für die Yezid_innen in Deutschland zunehmend ins Zentrum ihrer Identität gerückt. Die religiös fundierte Endogamie, also das Gebot nur innerhalb der yezidischen Gemeinschaft heiraten zu dürfen, bedeutet dabei nicht nur für viele Yezid_innen selbst eine Belastung, sondern dürfte auch ein "Integrations"-Hemmnis sein.



Über die Hintergründe und die Möglichkeiten des Wandels der Religion in der europäischen Diaspora führten wie ein Interview mit der Religionswissenschaftlerin Prof. Dr. Dr. Ina Wunn (Foto links), zur Zeit Professorin an der Universität Bielefeld mit dem Arbeitsschwerpunkt „Religion und Migration“.

?: Als ich vor rund 30 Jahren meine ersten Kontakte zu Yeziden hatte, war deren Identität vor allem dadurch bestimmt, dass sie sich als Kurdinnen und Kurden definierten. Ihr Symbol waren die kurdischen Nationalfarben, und bei einer Frage nach dem „Engel Pfau“ hätten viele abgewinkt. Dieses Verhältnis hat sich im vergangenen Jahrzehnt umgekehrt. Der nationale Befreiungskampf in der ehemaligen Heimat verliert an Interesse, die religiöse Identität gewinnt die Oberhand. Wie lässt sich dies erklären?

!!: Als die Yeziden nach Deutschland kamen, waren sie eine tatsächlich verfolgte Minderheit und zusätzlich noch inmitten der innertürkischen Auseinandersetzung zwischen linksgerichteten und konservativ-religiösen Kräften. Die Yeziden haben sich als Kurden auf die Seite der Linken geschlagen und gerieten in den Bürgerkrieg in Kurdistan. Inzwischen gibt es für die hiesigen Yeziden diesen Druck nicht mehr; man behauptet sich auch in Deutschland nicht mehr so stark gegen eine türkische Mehrheit als Kurde. Stattdessen geht es hier nun um die Identität als (Neu-)Deutscher mit nicht-deutschen Wurzeln: Wer bin ich, was macht mich anders als die alteingesessenen Deutschen, aber auch anders als die türkisch-muslimischen und kurdisch-muslimischen Einwanderer? Und hier ist es das Yezidentum, das identitätsstiftend wirkt, wobei die meisten Yeziden außer den Heiratsvorschriften und der Zugehörigkeit zu einem Peschiman [Priester] kaum wissen, was das Yezidentum eigentlich ausmacht.

?: Nach manchen Konflikten mit der deutschen Obrigkeit (Stichwort PKK) und der "biodeutschen" Bevölkerung (Stichwort Jugendkriminalität) ist in den vergangenen 10, 15 Jahren ein weitgehend spannungsfreies Nebeneinander entstanden. Ein Integrationshemmnis sind aus meiner Sicht bis heute die deutlich schlechteren Schulchancen der Jugendlichen mit yezidischem Familienhintergrund. Dafür ist, das weisen alle Studien aus, zunächst einmal das selektive deutsche Schulsystem verantwortlich. Aber es gibt auch noch Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen. So sind Kinder aus asiatischen Familien in Celle „erfolgreicher“ als Kinder aus yezidischen Familien. Gibt es da kulturelle Hintergründe, die zu bedenken wären?

!!: Die schlechteren Schulergebnisse sind auch darauf zurückzuführen, dass die Eltern mit dem Schulsystem in Deutschland und der Bedeutung eines guten Schulabschlusses für die berufliche Laufbahn nicht vertraut sind oder waren. Die Großelterngeneration bestand aus Analphabeten; das Analphabetentum war ursprünglich religiös verankert - nur die oberste Kaste durfte den heiligen Text studieren, wobei das Yezidentum sowieso weniger eine schriftgestützte Glaubensreligion ist, sondern eine sogenannte ethnische Religion, in der religiös begründete und im sozialen Kontext überlieferte Vorschriften das Miteinander regeln. Schriftgestützte Bildung steht daher traditionell nicht hoch im Kurs. Auch gelten hier recht altertümliche Männlichkeitsvorstellungen, die in bildungsfeindliches Machogehabe münden. Dies ist jedoch nicht typisch yezidisch, sondern trifft auf viele Ethnien und Gruppen im südlichen und östlichen Mittelmeergebiet zu, in denen vor allem der Begriff der Ehre wichtig ist. Ehre macht sich dann bei Männern an Tapferkeit, bei Frauen an Jungfräulichkeit fest.

?: Aus persönlichen Kontakten weiß ich um die Probleme, die die Heiratsregel - insbesondere bei yezidischen Frauen - hervorruft. Deshalb hatte ich vor einigen Jahren schon mal aufgemerkt, als ich in einem Aufsatz die These las, dass eine Formalisierung oder Säkularisierung der Religion einen "Ausweg" bieten könnte.

!!: Natürlich wird Säkularisierung einen Ausweg bedeuten, und langfristig werden Säkularisierungstendenzen auch das Yezidentum erfassen; aber da die Yeziden ihr Yezidentum noch brauchen, um ihre eigene Identität damit zu definieren, wird das zunächst einmal kein Ausweg sein. Es wird vielmehr etwas anderes stattfinden: Das Yezidentum wird von einer ethnischen Religion, die sich über die Geburt und die Zugehörigkeit zu einer Kaste - wie der Hinduismus - definiert, zu einer Glaubensreligion. Dazu gehört, dass junge Leute nun intensiv nach den Glaubensgrundlagen des Yezidentums suchen, diese in den Vordergrund stellen und die Heirats-

regeln als überholt darstellen. Letztlich passiert also etwas Ähnliches wie bei der Reformation unter Luther: Religion wird von einer ordnenden Kraft zu einer Frage der persönlichen Glaubensüberzeugung. Religion wird also intellektualisiert und vor allem theologisiert. Vielleicht ist das sogar das Entscheidende: Wir können von einer intensiven Theologisierung des Yezidentums sprechen. Dadurch erfolgt dann eine Abwertung des regulativen Anteils der Religion, oder, wieder theologisch ausgedrückt: des orthopraktischen Teils, der in den Hintergrund rückt. Irgendwann wird man also nicht nur zwischen unterschiedlichen Kasten heiraten, sondern auch zum Yezidentum konvertieren können.

?: *Das Yezidentum zeigt sich geprägt durch ein Kastenwesen und das Endogamiegebot, also die Anforderung nur in der eigenen Ethnie bzw. sogar Kaste heiraten zu dürfen. Wie lässt sich diese „Regel“ erklären? Und auf der anderen Seite: Welche Probleme bringt sie in der Diaspora hervor?*

!: Kurden sind ein indoeuropäisches Volk, und dieses kennt Kasten. Ursprünglich gab es die Einteilung in Priester, Krieger und Bauern. Bei den Indern sind dies heute noch die Großkasten der Brahmanen, Kshatriyas und Vaishyas; in Europa hat sich die Ständeordnung bis ins Mittelalter erhalten. Bei den Yeziden wurde diese Ständeordnung überlagert durch ihre Religion, die durch den Gründer eines Mystikerordens, Sheik Adi, ihr heutiges Gesicht bekam. Mystikerorden sind hierarchisch organisiert. An der Spitze steht der Pir, darunter die Sheiks, und zuletzt die Murids. Kastenwesen und Ordenshierarchien haben sich dann überlagert, so dass der Pir heute die weltliche Spitze (Kshatriya), die Sheiks und Peshimame die „Brahmanen“ und die Murids die Vaishyas bzw. den Bauernstand bilden. Eine Besonderheit bei den Yeziden ist, dass die Standesbezeichnungen auch auf bestimmte Stämme verteilt sind, sodass jeder Stamm einen Teil der Oberschicht stellen konnte. Letztlich sorgte die Regelung also in einer Umwelt, die über Jahrhunderte zwischen verschiedenen muslimischen Reichen heftig umkämpft war, für innere Stabilität und garantierte das Überleben dieser Gruppe. Heute, in der Diaspora, ist das Verhalten sinnlos – hier wäre statt einer Religion, die ethnischen Zusammenhalt und soziales Verhalten definiert und absichert, eher eine Bekenntnisreligion sinnvoll, die mit so genannten anderen Sinnanbietern konkurrieren kann.

?: *Wir erleben in den vergangenen Jahren, dass das Endogamiegebot zur größten Belastung innerhalb der Celler yezidischen Community geworden ist. Nahezu jede Familie muss mittlerweile damit leben, Kinder – insbesondere junge Frauen – zu „verlieren“. Nach außen pochen manche in der Öffentlichkeit auftretende Vertreter unter dem Aspekt der Religionsfreiheit weiter auf die Unantastbarkeit der Regel. In Gesprächen mit jungen Yezidinnen und Yeziden höre ich deshalb eine eher resignative Haltung heraus, die sich ein Aufbrechen des Endogamiegebots frühestens für die Kinder ihrer Kinder vorstellen können. In Ihrem Beitrag für die „Zeitschrift der Ezidischen Akademie“ beschreiben*



Grabstätte von Scheich Adi im irakischen Lalish

Sie eine andere Tendenz. Welche Möglichkeiten haben ethnische Religionen, sich in der Diaspora zu wandeln?

!: Jede Religion reagiert auf ihre Umwelt, indem sie sich den Bedürfnissen der Mitglieder anpasst; d.h. jede lebendige Religion ist wandlungsfähig und wandelt sich. Auch das Christentum heute hat mit dem mittelalterlichen Christentum nur noch wenig gemein. Heute sind es junge yezidische Intellektuelle, z.B. Mitglieder der Ezidischen Akademie in Hannover, die sich intensiv mit ihrer Religion auseinandersetzen, nach ihren schriftlichen und historischen Grundlagen fragen und versuchen, das „Eigentliche“, welches häufig ein ethisches Element ist, in ihrer Religion zu finden.

?: *Ihr Aufsatz endet mit der These, dass sich das Yezidentum als offene Religion erweisen werde. Welche Schritte wären hierbei denkbar?*

!: Ich sehe durch mein Gespräch mit aktiven Vertretern dieser Religion, dass der Wandel, sprich die Theologisierung, sehr intensiv verfolgt wird, so dass junge intellektuelle Yeziden heute ein ganz anderes Verhältnis zu ihrer Religion haben als noch die Elterngeneration.

?: *Gibt es Religionen, die sich in vergleichbarer Situation als anpassungsfähig erwiesen haben?*

!: Historisch gesehen hat das Judentum, ebenfalls ursprünglich eine ethnische Religion, gleichfalls durch seine Diasporaerfahrung (Vertreibung aus Palästina nach dem römisch-jüdischen Krieg) den Schritt von der ethnischen zur Bekenntnisreligion geschafft.

Der angesprochene Aufsatz von Ina Wunn: Yezidentum in Deutschland - eine ethnische Religion im Wandel In: *Zeitschrift der Ezidischen Akademie, Ausgabe 03*, S. 8-11. Hannover 2009 / Forum für Diskussionsbeiträge zum Yezidentum; findet sich unter:

http://ekvv.uni-bielefeld.de/foda_publ/publ/Person_Detail.jsp?personId=177639

Ezidischen Akademie siehe: <http://www.ezidak.de/>

Ende der Party – Krise bleibt

Eins zeichnet die Rosa Luxemburg Stiftung in Niedersachsen aus: Über ihre lokalen „Clubs“ versucht sie, politische Information und Diskussion auch in die Provinz zu bringen. Der Celler Rosa Luxemburg Club macht seit Jahren regelmäßig Veranstaltungen zu nahezu allen aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Ende September hatte eine dieser Veranstaltungen mit rund 60 Besucher_innen ein ungewohnt großes Interesse. Zu Gast war der Wirtschaftsjournalist Lucas Zeise. Und wahrscheinlich war es weniger dem Umstand geschuldet, dass er gerade ein Buch zu den Hintergründen der Weltwirtschaftskrise herausgebracht hat, sondern eher sein Bekanntheitsgrad als Kolumnist für unterschiedliche Tageszeitungen wie die „Financial Times Deutschland“ auf der einen und der „Jungen Welt“ auf der anderen Seite.

„Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus“ lautet der Titel seines aktuellen Buches. Der Untertitel „Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors“ gab dann ziemlich genau das Thema vor, mit dem sich der Autor im Celler Urbanus Rhegius Haus beschäftigte.

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat in der öffentlichen Diskussion zumindest eins bewirkt: Wie selbstverständlich lässt sich wieder vom Profit als Triebkraft aller Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten im Kapitalismus sprechen. Bei Lucas Zeise muss das nicht einmal verwundern, ist er doch vom Alter her tatsächlich ein Alt-68er. Vielleicht kann es erstaunen bei einem, der lange Jahre für den „Börsenkurier“ gearbeitet und dann die „FTD“ mitgegründet hat. Dass er bei letzterer von seinen Positionen her eher als Exot gilt, weiß er selbst – aber eben auch ein gern gelesener, weil seine Ansichten nicht weiteres Wasser auf die Mühlen der Wirtschaftsweisen sind, sondern eine Gegenströmung.

Für ihn ist die Krise selbstverständlich nicht vorbei, wie uns landauf, landab durch die Pressesprecher_innen



des Kapitals weißgemacht werden soll. Denn die Gründe der Krise sind nicht aus der Welt verschwunden. Nach Zeise handelt es sich im Kern um eine Überproduktionskrise, die im Rahmen der kapitalistischen Konjunkturzyklen längst überfällig war und ihre besondere Schärfe durch den Neoliberalismus erfahren hat. Dass sie so spät kam, hat aus Sicht des Wirtschaftskolumnisten drei Gründe: 1.) Die digitale „Revolution“ ermöglichte enorme Produktivitätsfortschritte; 2.) Mit dem Zerfall des realsozialistischen Blocks war eine Ausweitung des Kapitalismus in neue Regionen möglich; hinzu kam die Öffnung Chinas für den Welthandel; 3.) Die Herausbildung eines Finanzsektors ermöglichte für einen gewissen Zeitraum, dass überschüssiges Kapital aus der Produktion ausweichen und seine Profite im Finanzsektor realisieren konnte.

Der Neoliberalismus ist nicht nur Ideologie, sondern ein wirkmächtiges „Geschäftsmodell“. Im Kern zeichnet er sich dadurch aus, die Mehrwertrate mit allen Mitteln zu erhöhen. Dazu gehört u.a. die systematische Schwächung der Gewerkschaften und der Druck auf die Löhne. Daraus erwuchs auch der „überdimensionierte Finanzsektor“. Er ist, so Zeise, Resultat der ungleicher werdenden Einkommensverteilung, da die wachsenden Profitmassen in den Händen der Wenigen in Anlagen außerhalb der Produktionssphäre drängen. Umgekehrt sei es gelungen, über die Spekulation im Finanzsektor die Kapitalrendite weiter zu erhöhen. Deshalb seien Fonds, Derivate usw. zu derartigen Attraktionen geworden.

Warum ist die Krise aus Zeises Sicht nicht vorbei? Durch die massive staatliche Stützung des Finanzsektors hat die Krise keine bereinigende Wirkung gehabt. Und zum ändern hat sich nichts an der ungleicher werdenden Einkommensverteilung geändert, die wiederum der Ausgangspunkt für Überproduktions- bzw. Unterkonsumptionskrisen ist.

Das neoliberale Modell sei schlicht und einfach an den Schranken der ungleicher werdenden Einkommensverteilung gescheitert. Neben der erforderlichen „Bändigung des Finanzsektors“ komme es also vor allem darauf an, dass endlich die Reichen ärmer und die Armen reicher werden müssten.

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus. Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors, 192 Seiten, Papyrossa 2010, EUR 12,90

Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft. 196 Seiten, Papyrossa 2009, EUR 14,90

„Das ist moderne Sklaverei!“

Unverkennbar war José Bové der „Stargast“ des Abends. Auf den französischen „Agrarrebell“, „Attac-Mitgründer“ und „Globalisierungskritiker“ waren die Kameras genauso gerichtet wie das Interesse der Besucher_innen. Initiiert hatte die Veranstaltung zur industriellen Landwirtschaft die bündnisgrüne Europaabgeordnete Rebecca Harms, die Bové zu ihren Fraktionskollegen zählen kann. Neben dem Parlamentsgespann waren als weitere Redner Norbert Juretzko, der Vorsitzende der BI gegen den Wietzer Schlachthof, sowie Eckehard Niemann von der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ auf dem Podium. Eine Diskussion im eigentlichen Sinne gab es nicht an jenem 23. September in Lehmanns Partyscheune in Klein-Hehlen; mit gut 100 Besucher_innen aber hatte die Veranstaltung durchaus den Charakter einer Kundgebung gegen die industrielle Massentierhaltung – denn Befürworter des Wietzer Schlachthofprojekts fanden sich weder unter den Redner_innen, noch in größerer Zahl im Publikum.

Seinen weltweiten Bekanntheitsgrad verdankt José Bové nicht seiner Tätigkeit als Parlamentarier, sondern den „direkten Aktionen“, mit denen er für die Interessen der Kleinbauern eintrat: So zerlegte er gemeinsam mit anderen Bauern im Jahr 1999 eine McDonald's-Filiale aus Protest gegen die Strafzölle, die die US-Regierung französischen Agrarprodukten auferlegt hatte. In den letzten Jahren war er einige Male an der Verwüstung von Genmais-Plantagen beteiligt.

Bové vertrat die Auffassung, dass die in Wietze geplante Großschlachtereie mitsamt den anzusiedelnden Mastställen einen eigentlich gesättigten Markt bedienen würde. *„Weltweit verfestigt sich der Trend, Geflügel industriell für den Export zu produzieren. Die höchste Konzentration an Geflügelindustrie ist in Brasilien zu finden, da dort die Arbeitskräfte und das Futter am billigsten sind“*, so Bové. Das Fleisch aus Brasilien würde dann nach Europa importiert, wofür EU-Subventionen gezahlt würden. Ein Teil der europäischen Produktion würde nach Afrika exportiert, wofür ebenfalls EU-Subventionen fließen. Mit den sehr billig in Afrika angebotenen Hühnchen würden dort die lokalen Märkte zerstört. Daraus schlussfolgerte Bové, dass das Wietzer Großprojekt nur eine wirtschaftliche Zukunft hat, weil und wenn es subventioniert werde. Ein bisschen zu optimistisch vertrat Bové die Auffassung, dass Verbraucher_innen diese Art der Fleischproduktion nicht wollen und dass von dieser Seite letztlich auch der Druck entstehen würde, politisch einen anderen Weg einzuschlagen.

Ein weiterer Aspekt, den Bové ansprach, waren die Produktionsbedingungen der Mäster: *„Sie werden zu Preisen produzieren müssen, die ihnen finanziell keine Zukunft bietet und sie in eine moderne Sklaverei bringt. Au-*

ßerdem ist die lokale Wirtschaft anfällig, da Mastställe Monokultur bedeuten. Die hygienischen Probleme, z.B. im Hinblick auf die so genannte Vogelgrippe in Kombination mit den sich verbreitenden Antibiotikaresistenzen in solch einer Fleischindustrie ist eine echte Zeitbombe.“

Als Vertreter des internationalen Kleinbauernverbandes La Via Campesina stellte Bové eine Verbindung her zwischen dem Kampf gegen den Schlachthof vor Ort und den Kleinbauern in Brasilien, denn: Intensive Produktion von Geflügel verschlingt 28 % des in die EU importierten Sojas aus Südamerika. Soja, für das einerseits Regenwald abgeholzt wurde - und andererseits den Kleinbauern dadurch Agrarfläche zur Selbstversorgung geraubt wird: *„Somit ist der Kampf gegen den Schlachthof auch ein Kampf gegen die Unterdrückung Südamerikas.“*



2009 ist Bové (links) als unabhängiger Kandidat über die Liste des französischen Parteienbündnisses Europe Écologie ins Europaparlament gewählt worden; rechts: Norbert Juretzko.

Eckehard Niemann erinnerte an den Milchstreik vor zwei Jahren, wo deutsche von französischen Landwirten im Kampf gegen die Agrarindustrie unterstützt wurden: *„Der nächste gemeinsame Kampf muss der gegen Agrarfabriken sein. Es müssen EU-weite, gemeinsame Standards geschaffen werden, die Wettbewerbsunterschiede verhindern und Dumpingangebote ausschließen. Die Länder des Südens dürfen nicht durch die Agrarpolitik hier im Norden in entwürdigende Abhängigkeiten kommen, sondern brauchen eine eigene Ernährungssouveränität. Die unverantwortliche Förderung und Beschönigung ... durch Schlachtkonzerne, Bundespolitiker, Landesregierungen, Bauernverband und Agrarlobby muss sofort beendet werden.“*

Vehement sprachen sich beide alternativen Bauernvertreter für das Paradigma der „Ernährungssouveränität“ aus: Stärkung der nachhaltigen, heimischen, kleinbäuerlichen und kooperativen Produktion – gegen die Macht der Agrokonzerne.

Die Geschichte des Kriegsverbrechers Wilhelm Dörr. Eine Spurensuche

Ein Schuss in den Hinterkopf

Wolfgang und Carsten Gerz, Vater und Sohn, haben die Geschichte von Wilhelm Dörr aufgeschrieben. Dörr wurde am 2. Februar 1921 in Merenberg (Oberlahn) im heutigen Hessen geboren, er starb am 13. Dezember 1945, zum Tode verurteilt und hingerichtet wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.



Das familiäre und örtliche Umfeld Dörrs war schon vor 1933 als ein nationalsozialistisches zu bezeichnen. Bereits 1932 wurde er HJ- und später NSDAP-Mitglied. Nachdem die Wehrmacht ihn nicht genommen hatte, trat er im Dezember 1940 freiwillig in die SS ein. Er wurde wegen Rheumas „frontuntauglich“ geschrieben und trat schließlich seinen Dienst beim 7. SS-

Totenkopf-Sturmabteilung im KZ Sachsenhausen an. Hier machte er eine bescheidene Karriere bis zum Unterscharführer (entspricht einem Unteroffizier). Später wurde er in das KZ Mittelbau-Dora bei Nordhausen im Harz versetzt. Hier mussten KZ-Häftlinge in einer unterirdischen Anlage unter mörderischen Bedingungen Raketen, die sog. „V-Waffen“, „Vergeltungswaffen“, produzieren. In einem der Außenlager von Mittelbau-Dora, dem Lager Kleinbodungen, tat Wilhelm Dörr Dienst als stellvertretender Lagerleiter.

Dem grausamen Plan der SS folgend, bei näher rückenden Fronten keine KZ-Häftlinge lebend in die Hände der Alliierten fallen zu lassen, wurden auch in Kleinbodungen Vorbereitungen für die Ermordung aller dortigen Gefangenen getroffen. Dazu kam es letztlich aber nicht, warum muss offen bleiben, vielmehr erging der Befehl zur Räumung des Lagers und die über 600 Häftlinge wurden am 5. April 1945 in Marsch gesetzt mit dem Ziel Bergen-Belsen. Auf dem Marsch kam es an verschiedenen Orten zu einer Reihe von Morden an Häftlingen, die Wilhelm Dörr zuschreiben sind. Mit diesem Todesmarsch beginnt nun auch ein Kapitel Celler Lokalgeschichte, das aber, obwohl schon seit Jahren dokumentiert, in der hiesigen Öffentlichkeit nahezu unbekannt ist. (Siehe: „Todesmarsch durch Groß-Hehlen im April 1945. Die Waffen-SS ermordete KZ-Häftlinge“. In: revista, Nr. 48, April/Mai 2010, S. 20-21.)

Am 10. April erreichte der Marsch Groß-Hehlen. Für das, was jetzt folgen sollte, stand den Autoren eine neue Quelle zur Verfügung: Das Kreisarchiv Celle vermittelte

den Kontakt zu einem Groß Hehlener, der nicht nur für Gespräche zur Verfügung stand, sondern auch als Jugendlicher Tagebuch geführt hatte. In Groß Hehlen lagerte bereits eine Einheit der Wehrmacht und eine der Waffen-SS. Nachdem die Häftlinge aus der Marschkolonie Quartier in einer Scheune bezogen hatten, forderte der örtliche Militärbefehlshaber die SS-Leute aus Kleinbodungen auf, den Ort mit den Häftlingen umgehend zu verlassen. Als dies abgelehnt worden war, wurden die Häftlinge von der Waffen-SS aus dem Ort bis nach Hustedt getrieben. Auf Häftlinge, die versuchten zu fliehen, wurde geschossen. Diese Morde schreiben die Autoren der Waffen-SS zu, nicht der Lager-SS um Dörr und seinen Vorgesetzten. Am nächsten Tag erreichte der Transport das KZ Bergen-Belsen. Die Anklagebehörde ging später von dreißig auf dem Marsch Erschossenen aus. Wilhelm Dörr wurde in Bergen-Belsen von der britischen Armee nach der Befreiung des Lagers verhaftet und zusammen mit anderen in das Celler Gefängnis gebracht.

Am 17. September 1945 begann in Lüneburg der „Belsen Trial“, der sog. „Belsen-Prozess“. Dörr war einer von 44 Angeklagten. Im Prozess stritt er einfältig und uneinsichtig die ihm vorgeworfenen Taten ab, obwohl sie von zahlreichen Zeugen bestätigt wurden. Am 16. November wurden die Urteile verkündet: Dörr und zehn weitere wurden zum Tode durch Erhängen verurteilt. Die Hinrichtungen fanden in der Strafanstalt Hameln statt.

Bei dem Buch vom Wolfgang und Carsten Gerz handelt es sich um ein aufwendig und umfangreich recherchiertes, engagiertes Stück Heimatforschung. Und von der hat die professionelle Geschichtsschreibung immer wieder profitiert, besonders auf dem Gebiet der Lokal- und Regionalgeschichte. Die Autoren belegen ihre Ergebnisse nicht durch einen „klassischen“ wissenschaftlichen Apparat, sondern durch die eingewobene Schilderung der Recherchen und des Entstehungsprozesses des Buches. Dies bringt eine weitere interessante Ebene ein und macht die gewonnenen Erkenntnisse dann doch nachvollziehbar. Leider hat das Buch aber einige, vor allem „handwerkliche“, Mängel: Das nicht sehr ansprechende Schriftbild und häufig auch die Wortwahl und eine Reihe ungeschickt wirkender Formulierungen lassen das gesamte Buch etwas „holperig“ erscheinen, wenige historische Fehler, die aber die Rahmenhandlung und nicht die erzählte Geschichte betreffen, haben sich eingeschlichen, manche Daten wirken widersprüchlich oder lassen sich nicht oder nur schwer nachvollziehen. Dies ändert aber nichts am Wert des Buches.

Wolfgang und Carsten Gerz haben gelungen eine Täterbiographie nachgezeichnet. Aus dieser Perspektive,

die ganz eigene Erkenntnisse gewinnen lässt, wird so ein Stück unerzählter Geschichte aus den unteren Rängen der NS-Hierarchie erzählt. Darüber hinaus erzählt das Buch unter Verwendung neuer Quellen mit seinen Beschreibungen der Vorkommnisse in und um Groß-Hehlen auch Celler Geschichte, so noch nicht geschildert und weitgehend unbekannt.

In der Einleitung fragen die Autoren: „*Wie wurde in wenigen Jahren aus dem Menschen Wilhelm Dörr die Bestie Wilhelm Dörr?*“ Sie können diese Frage nicht beantworten und thematisieren dies auch. Sie stellen aber die Rahmenbedingungen dar, die eine solche Entwicklung möglich, nicht aber zwangsläufig, gemacht haben, wie z.B. das nationalsozialistische Umfeld, in dem Dörr aufgewachsen ist. Des Weiteren werden ihm „mangelnde Intelligenz“ sowie Kälte und Brutalität attestiert, auch ist von ihm folgende Aussage überliefert: „*Für die Juden ist eine Kugel zu schade, die schlagen wir mit der Eisenstange tot.*“ Ein weiterer Aspekt ist diese Überlegung: „*Den jungen Menschen wie Dörr war schon von Kindheit an eingetrichtert worden, dass der ‚deutsche Herrenmensch‘ über al-*

len anderen Rassen und Völkern stehe; dass osteuropäische Volksgruppen und vor allem natürlich die Juden minderwertige Geschöpfe – sogenannte ‚Untermenschen‘ – sind und dass man sich an denen folglich nicht versündigen kann.“

Letztendlich und abschließend werden sich die Fragen nach dem „wie“ und dem „warum“, das nach wie vor präsenste „Wie konnte das alles nur passieren?“, vielleicht nie beantworten lassen.

Das Buch wird im Rahmen des Heimatforschertreffens am 4. November um 19 Uhr im Kreistagssaal in Celle, Trift 26, vorgestellt.

Gerz, Carsten u. Wolfgang Gerz: Ein Schuss in den Hinterkopf. Die Geschichte des Kriegsverbrechers Wilhelm Dörr. Eine Spurensuche. Westernohe 2010. (Schreibwerkstatt SCHRIFT:gut, Hauptstraße 20, 56479 Westernohe, 164 S., 13€, ISBN 978-3-9813391-2-3)

TW

„Exodus“ und „Rothschild-Spital“ / Fotoreportagen

Noch bis zum 9. Januar 2011 sind in der Celler Synagoge Fotoreportagen von Henry Ries zu sehen – als Leihgabe des Deutschen Historischen Museums Berlin.

Henry (Heinz) Ries wurde 1917 als Sohn einer gutbürgerlichen jüdischen Familie in Berlin geboren. 1938 emigrierte er in die USA und fand in New York eine Anstellung als Fotoassistent in einer Werbefirma. Nach fünf Jahren erhielt Ries die amerikanische Staatsbürgerschaft, wurde Soldat der US Air Force und war für die fotografische Luftaufklärung tätig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er nach Europa versetzt.

Im März 1946 schied Ries aus der Armee aus und arbeitete seitdem als Bildredakteur für die amerikanische Militärregierung. Von 1947 bis 1952 war er Fotojournalist für die „New York Times“ in Westeuropa. Er dokumentierte die deutsche Nachkriegsgeschichte, u. a. die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Blockade in Berlin.

In den beiden hier gezeigten Fotoreportagen „Exodus“ und „Rothschild-Spital“ zeigt Ries die Geschehnisse um die „Exodus“ und das Leben im Wiener „Rothschild-Spital“ auf, das nach Kriegsende zum provisorischen Flüchtlingslager wurde und etwa 250.000 jüdische Flüchtlinge betreute.

Später arbeitete Ries als Werbefotograf in den USA und betrieb ab 1955 ein eigenes Studio für Fotografie und Grafikdesign in New York. Henry Ries starb am 24. Mai 2004 in seinem Wohnort Ghent im US-Bundestaat New York.



Öffnungszeiten: Di. - Do. 12.00 – 17.00, Fr. 10.00 – 15.00 und So. 12.00 – 17.00 Uhr

Was geht, was bleibt, was kommt?

Straßennamen und Nationalsozialismus

„Geschichte, die noch qualmt“ – so hat die amerikanische Historikerin Barbara Tuchmann metaphorisch die Zeitgeschichte charakterisiert. In Celle qualmt es gerade wieder, denn erneut stehen Straßennamen auf dem Prüfstand; ganz oben auf der Liste der Helmuth-Hörstmann-Weg, der Hanna-Fuess-Weg und die Agnes-Miegel-Straße. Einige weitere sollen mit diesem Artikel ins Gespräch gebracht werden. Noch vor Weihnachten will der Stadtrat Entscheidungen treffen. Am Ende dieses Artikels gibt es einige Vorschläge für die Neubenennungen.

Rund dreißig Straßennamen sind im niedersächsischen Celle nach Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens benannt, die in ihrer Biografie auch die Mitgliedschaft in der NSDAP zu verzeichnen haben. Dies dürfte in vielen anderen Städten nicht anders sein. Immer wieder hat dies in den vergangenen zehn Jahren für Diskussionen in der Stadt gesorgt.

Zwei Straßennamensbenennungen wurden zwischenzeitlich zurückgenommen. Zum einen handelt es sich um Ernst Meyer. Er war seit 1924 Oberbürgermeister der Stadt und wurde 1945 seines Amtes enthoben. Nach seinem Tod wurde er auf der Grabstelle für Ehrenbürger der Stadt beigesetzt, und 1954 wurde eine Straße nach ihm benannt. Mit der Aufarbeitung u.a. des Massakers an den Häftlingen eines KZ-Zuges nach Bergen-Belsen im April 1945 in Celle wurde seine Rolle im Zusammenhang mit diesem Verbrechen thematisiert. Die Straße wurde 2007 durch Ratsbeschluss umbenannt.

Auch eine Benennung nach einem Nachkriegsoberrbürgermeister musste rückgängig gemacht werden. Erst 1999 war nach Dr. Kurt Blanke eine Straße benannt worden. Blanke war zwischen 1964 und 1973 als CDU-Politiker Oberbürgermeister der Stadt. Eigentlich war lange bekannt, dass er im besetzten Frankreich als Leiter des Referats „Entjudung“ in der Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers in Frankreich für die Kontrolle und Durchsetzung der „Arisierung“ in der besetzten Zone verantwortlich war. Aber erst nach einer historisch-kritischen Studie aus dem Jahr 2008 beschäftigte sich der Stadtrat mit seiner Rolle im Nationalsozialismus und nahm eine Straßenumbenennung vor.

Als Konsequenz aus dieser Diskussion gab die Stadt ein Gutachten zu Straßennamensgebern in Auftrag, deren öffentliches Wirken auch in die Zeit des Nationalsozialismus fiel. Beauftragt damit wurde der Bernhard Strebel, der sich mit seiner Monografie über die Ereignisse des 8. April 1945 als souveräner Historiker gezeigt hatte. Bereits im November 2008 hatte er unter dem Titel „Straßennamen in Celle und personelle Verbindun-

gen mit dem Nationalsozialismus“ erste Befunde vorgelegt: Insgesamt 36 Personen, nach denen in Celle Straßen benannt wurden, waren Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren. Er konstatierte, dass sie „das NS-Regime auf sehr unterschiedlichen Ebenen (unter-)stützten oder in einigen Fällen in unterschiedlichem Umfang (mit-)verantwortlich für die Initiierung und Umsetzung von brutalen Repressionsmaßnahmen gegen Kriegsgefangene und Zivilisten und von verbrecherischen Vernichtungsaktionen zeichneten.“ Aber er hielt auch weitere Recherchen für erforderlich, um offene Fragen zu klären und belastbare Ergebnisse zu bekommen. Diese weitergehende Studie war im wesentlichen Ende August abgeschlossen. Daraufhin traf sich eine von der Stadt um Mitwirkung gebetene Bewertungskommission, der als reine Männerrunde angehören: Hans-Ulrich Thamer



(Uni Münster), Hans-Hermann Jantzen (Landessuperintendent), Thomas Scharf-Wrede (Direktor des Bistumsarchivs Hildesheim), Michael Fürst (Vors. des LV der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen) sowie Jörn Ipsen (Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes). Sie gaben im September eine Bewertung ab, die wie auch die Studie bisher nicht veröffentlicht wurde. Die anscheinend zunächst vereinbarte Vertraulichkeit wurde durch die CZ dann durchkreuzt, so dass die Stadt die abschließende Studie Mitte Oktober ins Internet stellte..

Konsens oder Geschichtspolitik?

Nach dem Historiker Rainer Pöppinghege sollen Straßennamen so etwas wie ein „konsensuales generationsübergreifendes Selbstverständnis einer Gesellschaft“ ausdrücken. Eine Umbenennung bedeute insoweit, sich bewusst zu distanzieren. Dies ist selbstverständlich schwieriger bei Personen des öffentlichen Lebens, deren Biografie unterschiedliche Phasen aufweist. So ist bei der Bewertung der nach ehemaligen NSDAP-Mitglieder be-

nannten Straßen eben auch zu berücksichtigen, dass sich viele von ihnen anschließend am Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik beteiligt haben. Dies gilt in Celle zum Beispiel für den Künstler Fritz Grasshoff oder auch für den späteren Präsidenten des Landessportbundes Niedersachsen, Günther Volker, die als sehr junge Menschen Mitglied in der NSDAP geworden waren. Aber – auch das ist zu bedenken: Sie hatten dem NS-Staat nie an höherer Stelle „gedient“ und sie haben sich kritisch zur NS-Geschichte geäußert.

Auch wenn Straßenbenennungen im Rat zumeist fraktionsübergreifende Mehrheiten fanden, spiegelt dies nicht immer einen Konsens, sondern vielmehr häufig einen Tauschhandel. Zwei Beispiele:

Ein neues Wohngebiet im Westen Klein-Hehlens sollte in den 1960er Jahren Straßennamen bekommen, die an Widerstandskämpfer erinnern. Dieser Widerstand war bekanntlich breit gefächert; insoweit war den Ratsmitgliedern klar, dass die zu treffende Auswahl „Geschichtspolitik“ ist – also eine Werteentscheidung beinhalten würde. Die CDU schlug vor die Straßen zu benennen nach: Leber, Leuschner, Mierendorf (für den sozialdemokratischen Widerstand), von Stauffenberg, Beck, von Witzleben und Goerdeler (stellvertretend für die Attentäter des 20. Juli), Bonhoeffer (für die ev. Christen) sowie Stülpnagel und Rommel. Mit guten Gründen, die in der Öffentlichkeit aber nicht genannt wurden, lehnte die SPD die Nazi-Generäle Stülpnagel und Rommel ab und schlug an deren Stelle die Geschwister Scholl und den SPD-Politiker Breitscheid vor. Überraschenderweise konnte sie eine Ratsmehrheit für diese Änderung gewinnen. Weitere Vorschläge der SPD-Fraktion - u.a. von Ossietzky und Anne Frank - wurden abgelehnt. Wer heute auf den Stadtplan schaut, wird feststellen, dass es Stülpnagel und Rommel doch noch auf Straßenschilder gebracht haben, genauso wie Reichwein, York, Moltke und Hassell (alle Kreisauer Kreis).

Hörstmann, Fueß und Miegel

Peinlich dürfte für etliche aktuelle Ratsmitglieder die Straßenbenennungsrunde des Jahres 1999 sein, als das Gebiet rund um das Rathaus nach verdienten Kommunalpolitiker_innen benannt wurden: Helmuth Hörstmann, Erich Eichelberg, Kurt Blanke (alle CDU), Emil Ermshaus, Lisa Korpeter, Else Wex (alle SPD) - mit August Sagebiel kam ein Kommunalpolitiker der Wei-



v.l.n.r.: Helmuth Hörstmann, Hanna Fueß, Agnes Miegel

27 Personen waren nachweislich Mitglied der NSDAP (jeweils alphabetisch aufgelistet nach Eintrittsdaten)

vor 1933: Otto Fuhrmann, Heinrich Hüdig und Anton Raky;

ab 1933: Hermann von Brellie, Wilhelm Deecke, Hermann Heine sen., Wilhelm Heinichen, Karl Meyer, Jürgen Ricklefs und Hildegard Wallis;

ab 1937 (nach Aufhebung des vierjährigen Aufnahmestopps am 1.5.37): Erich Eichelberg, Emil Ermshaus, Fritz Grasshoff, Rudolf Harbig, Helmuth Hörstmann, Theodor Korndorff, Hermann von Rautenkrantz, Karl Schiller, Hanns Martin Schleyer, Gustav Sohnemann, Ernst Sprockhoff, Georg Steinkopff, Helmut Thiele und Theodor Wilkens;

ab 1939 (nach Kriegsbeginn): Agnes Miegel, Günther Volker und Heinrich Warnke.

Mitglied der Sturmabteilungen (SA) waren Erich Eichelberg (ab Juli 1933), Emil Ermshaus (seit Juni 1933), Theodor Korndorff (seit Oktober 1933), Karl Schiller (seit Juli 1933), Ernst Sprockhoff (ab 1933) und Hans-Heinrich Warnke (ab 1933). Heinrich Hüdig war ab August 1932 Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK), der in der Zeit von April 1931 bis Juni 1934 eine Sondereinheit der SA bildete.

Mitglied der Schutzstaffel (SS) waren Helmuth Hörstmann (ab 1933) und Hanns Martin Schleyer (ab Juli 1933). Wilhelm Heinichen und Helmut Thiele waren ab 1933 bzw. 1938 Fördermitglieder der SS.

Mitglied der NS-Frauenschaft waren Hanna Fueß (ab 1935), Carla Meyer-Rasch (ab Oktober 1935) und Agnes Miegel (ab 1937).

marer Republik zum Zug, den aus familiendynastischen Gründen die FDP vorgeschlagen haben dürfte. Die Rolle Blankes als Arisierer im besetzten Frankreich und die bekannte SS-Mitgliedschaft Hörstmanns sorgten schon seinerzeit bei Historikern (z.B. Sybille Obenaus), aber auch in unserer Zeitschrift für Kritik. Deshalb ist nicht gänzlich unverständlich, wenn Hörstmanns Sohn Udo in einem Interview mit „CelleHeute“ jetzt die Frage aufwirft, „*welche neuen Erkenntnisse sich aus dem Gutachten ergeben sollen, die zum Zeitpunkt der Namensgebung noch nicht bekannt waren*“. Aus der SPD-Ratsfraktion war in den vergangenen Jahren immer zu hören, dass es sich um ein Proporz-Geschäft gehandelt habe.

Vor diesem Hintergrund ist es beachtenswert, dass sich die CDU – aber auch die Kommunalpolitik als Ganzes – heute der kritischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit stellen.

Helmuth Hörstmann stand einerseits für den rechten Rand der CDU, was seine Reden zum Stahlhelmtreffen 1983, aber auch zum 1985 in Celle durchgeführten Deutschen Burschentag belegen, andererseits – und vielleicht auch deshalb – war er einer der populärsten Politiker der CDU. Im Rückblick muss ihm jetzt angelastet werden, dass er sich seiner eigenen Vergangenheit nicht zu stellen vermochte und deshalb auch nicht in der Lage war, zu einer kritischeren Sicht auf die Verantwortung seines Milieus für den Aufstieg des Nationalsozialismus zu kommen.

Bei Hanna Fueß sind es vor allem neuere Forschungen, z.B. der Essay von Sebastian Winter in den „celler heften“ der RWLE Möller Stiftung, die hier eine eindeutige Bewertung ihrer Biografie ermöglichen. Sie war eben nicht allein die „Nazisse“, die in der Celleschen Zeitung und den „Celler Kriegsbriefen“ Führer, Blut und Boden pries, sondern sie war auch nach 1945 nicht zu einer Veränderung ihrer völkischen und antisemitischen Positionen bereit.

Bei Agnes Miegel, der dritten unumstrittenen Kandidatin für eine Straßennamensumbenennung, liegt die Sache noch einmal anders. Als 1973 eine Straße in Scheuen nach der ostpreußischen Heimatdichterin benannt wurde, war die geschichtspolitische Absicht offensichtlich. Vor dem Hintergrund der Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung, die den faktischen Verzicht auf die verlorenen deutschen Ostgebiete bedeutete, wollte man einerseits den Tausenden in Celle heimisch gewordenen Ostpreußen Referenz erweisen, andererseits aber den sozialliberalen „Verzichtspolitikern“ eins auszuwischen. Vielerorts steht aktuell die Umbenennung der in ganz Westdeutschland vor allem in den 1950er Jahren nach Miegel benannten Schulen, Straßen und Plätze auf der Tagesordnung. Die Gefolgschaft Erika Steinbachs wird zwar mit Sicherheit ihre Empörung noch in die Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung gießen. Aber außerhalb revanchistischer Zirkel dürfte die Notwendigkeit unstrittig sein, denn Werk und Person erfordern das genaue Gegenteil einer Ehrung im öffentlichen Raum.

Heinichen ist umstritten

Die von der Stadt einberufene Bewertungskommission beschäftigte sich intensiver nur mit einer kleinen Gruppe. Dazu gehörten Hörstmann, Fueß und Miegel, bei denen man sich einig war, eine Umbenennung zu befürworten. Weiter waren es die Kommunalpolitiker Wilhelm Heinichen und Erich Eichelberg, die Heimatforscher Otto von Boehn und Jürgen Ricklefs, die Heimatdichter Heinrich Hüner, Felicitas Rose und Carla Meyer-Rasch, die Industriellen Hermann von Rautenkranz und Helmut Thiele und der Architekt Otto Haesler. Alle hatten sich in unterschiedlicher Intensität mit dem NS arrangiert, ihn gestützt – und von ihm profitiert. Bei fast allen sah die Kommission am Ende keine Veranlassung, Umbenennungen zu empfehlen. Einzig Heinichen und Eichelberg scheinen noch strittig zu sein.

Wilhelm Heinichen ist seit längerem die umstrittenste Person. Er war von 1919 bis 1945 Landrat des Kreises, war Mitglied der NSDAP seit dem 1.5.1933 und ebenfalls seit 1933 Fördermitglied der SS. Nach 1945 konnte er, wenn auch auf der ehrenamtlichen Schiene seine Karriere fortsetzen: Von 1952 bis 1964 war er Oberbürgermeister der Stadt und wurde zum Ehrenbürger ernannt. Heinichen ist ein typischer Vertreter seiner Generation und des konservativen Milieus. Er passte sich 1933 bereitwillig den neuen Machhabern an und exekutierte ihre politischen Vorstellungen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben – „*übereifriger Opportunismus*“, wie es Strebel charakterisiert. Dass sie auf ihrem Posten geblieben seien, „um Schlimmeres zu verhindern“, gehört zu den beliebten Nachkriegslegenden. Im Gegenteil: Sie wurden und waren Teil des Schlimmeren. Heinichen gehörte zu jenen Funktionseliten, die widerspruchslos die rassistischen Vorgaben des NS-Staates umsetzten, sowohl in der Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung als auch gegenüber den Zwangsarbeitern. Diese Bewertung kann sich auf einige Quellen stützen. Ihr anschließen mochte sich aus der Kommission nur der Historiker Thamer.

Noch ein bisschen schwieriger ist die Beurteilung der NS-Karriere Eichelbergs. Ab Juni 1943 war er als Referent des Reichskommissars für die Provinz Südholland und die Stadt Den Haag tätig und zweiter Mann hinter dem Beauftragten Ernst Schwebel. Die Besatzungspolitik war auch in den Niederlanden von drakonischen Härten geprägt, doch da der niederländische Staat nur gegen wenige NS-Funktionäre Ermittlungsverfahren führte, ist die Quellenlage dürftig und Eichelbergs Handeln kaum abschließend zu beurteilen. – Der Jurist war von 1955 bis 1972 Stadt- bzw. Oberstadtdirektor, eine Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte wurde unter seiner Ägide im Grunde genommen verhindert, wie die von der Stadt Celle in dieser Phase herausgegebenen stadsgeschichtlichen Publikationen belegen.

In beiden Fällen ist vorhersehbar, dass der Stadtrat die Straßennamen beibehalten wird. Bei Eichelberg, weil sich – etwa im Unterschied zu Blanke – seine Beteiligung an bestimmten Maßnahmen des Besatzungsregiment nicht konkretisieren lässt. Im Falle Heinichens wohl auch deshalb, weil seine Kinder sich seit längerem um ein Gegenbild zu den ihn belastenden Quellen bemühen. Wie Hörstmann haben weder Eichelberg noch Heinichen je eine öffentlich Distanz zu ihren NS-Funktionen formuliert, im Unterschied zu Hörstmann finden sich bei ihnen aber eben keine relativierenden Stellungnahmen zum Nationalsozialismus.

Abschied von den Antisemiten?

Erstaunlicherweise gibt es keine Diskussion um die ausgemachten Antisemiten Werner Freiherr von Fritsch und Karl-Heinrich von Stülpnagel, und auch die Nazi-Ikone Erich Rommel scheint unantastbar. Aus unserer Sicht ist eine Umbenennung in diesen Fällen unumgänglich.

Werner Freiherr von Fritsch war der maßgebliche Organisator der deutschen Aufrüstung, ein offener Antisemit und Antidemokrat. Sein Sturz durch Hitler im Jahr 1938 im Gefolge einer Intrige kann nicht ernsthaft ein Grund sein, ihn als Vorbild erscheinen zu lassen. Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck kündigte in seiner Amtszeit Namensänderungen bei nach Fritsch benannten Bundeswehrkasernen an, es blieb bei der Ankündigung. Die Kaserne ist mittlerweile aufgelöst, die Landesfeuerwehrschule soll auf dem Gelände angesiedelt werden. Es gibt insoweit nur gute Gründe für eine Umbenennung.



Bei Karl-Heinrich von Stülpnagel ist die Situation nur scheinbar komplizierter dadurch, dass er Kontakte zur Gruppe des 20. Juli hatte und wie die Attentäter in Plötzensee hingerichtet wurde. Dies vermag in keiner Weise seine Mitverantwortung an der Ermordung von Juden als Befehlshaber der 17. Armee wie der Initiierung des Lemberger Pogroms relativieren. Als Militärbefehlshaber in Frankreich war er zudem verantwortlich für Geislerschießungen. Hier handelt es sich um einen Nazi-Täter im engsten Sinne des Wortes.



Schließlich Rommel: Die Wehrmachtsgeneration sonnte sich in den 1950er und 1960er Jahren im Glanze der verharmlosenden Literatur über den „Wüstenfuchs“ und die damit verbundenen Weißwäscherei der Wehrmacht. Dafür kann er nichts; der „Lieblingsgeneral“ Hitlers ist aber zum Beispiel mitverantwortlich gewesen für eine Anordnung zu unnachsichtiger Härte im Umgang mit italienischen Kriegsgefangenen. Ähnlich wie bei von Fritsch kann seine Täterschaft nicht dadurch aufgewogen werden, dass er fälschlicherweise angeschuldigt wurde zum Widerstand des 20. Juli zu gehören – und man ihn zum Selbstmord drängte.

Würden diese Straßennamen nicht geändert, könnte sich der Stadtrat den übrigen Aufwand sparen. Es kann nicht nur um lokale Größen gehen, wo gerade bei diesen drei Wehrmachtsgenerälen ihre Täterschaft und Gesinnung überhaupt keinen Zweifel lässt.

Was bleibt? Was kommt?

Die Anstrengung der Stadt ist bisher – auch im Vergleich zu anderen Städten – vorbildlich. Herausgekommen ist zunächst eine detaillierte und quellenkritische Studie von Bernhard Strebel. Über die Veröffentlichung

im Internet hinaus wäre der Stadt anzuraten, die Arbeit auch als Buch zu herauszugeben – ergänzt um die Dokumentation der Konsequenzen, die der Rat daraus gezogen hat. Auch Martin Biermanns Rede zur Umbenennung im Fall „Ernst Meyer“ könnte in einem solchen Band dokumentiert werden. Denn letztlich hatte er mit dieser Rede nicht nur den Anstoß für weitere Untersuchungen gegeben, er hatte auch ein moralisches Bewertungskriterium aufgestellt, an dem sich die jetzt fälligen Entscheidungen messen lassen müssen:

„So schwer es auch fallen mag, Menschen [...] eine ehrende Bekundung wieder zu entziehen, aber wir tragen Verantwortung für zukünftige Generationen, wir müssen ihnen sagen, wer für uns ihre Vorbilder sein sollen und wofür sie geehrt worden sind.“

Bei den Neubenennungen sollte sich der Rat um die Herstellung eines Konsenses bemühen, der dem gewandelten Geschichtsbild entspricht. Was bedeutet das?

Nehmen wir die Problemzone „Agnes Miegel“: Vielleicht wäre es sinnvoll, mit einer Benennung nach z.B. Siegfried Lenz sowohl die Erinnerung an die ostpreussische Herkunft vieler Celler Familien zu würdigen als auch eine kritische Reflexion der Hintergründe von Flucht und Vertreibung anzumahnen – und dies im Wissen um die NSDAP-Mitgliedschaft des Autors als 18-Jähriger.

Vielleicht wäre es sinnvoll im so genannten Widerstandsviertel endlich zum Beispiel mit Harro Schulze-Boysen die „Rote Kapelle“ sichtbar zu machen; und mit dem Hitler-Attentäter Georg Elser einen einfachen Mann aus der Arbeiterbewegung in das Widerstandsspektrum aufzunehmen. Und wäre es nicht eine Überlegung wert, den Celler Wehrmachts-Deserteur Heinz Taxweiler über einen Straßennamen zu ehren?

Als Ersatz für Hanna Fueß kommt eigentlich nur die Frauenrechtlerin Anna Kistner, die im 19. Jahrhundert in überregionaler Verbandstätigkeit, aber auch schriftstellerisch die Lage der Frauen zu verbessern suchte.

Die Adresse der Landesfeuerwehrschule könnte nach Erich Löwenstein heißen, der nach seiner erzwungenen Emigration aus Celle seine hier erworbene Leidenschaft für die Feuerwehr mit nach Argentinien nahm.

Und für das Rathaus gibt es tatsächlich nur eine Wahl: Carl Gerding, der Celler Protagonist der hannoverschen 1848er-Bewegung. In einer von ihm verfassten Resolution forderten Celler Bürger z.B. das volle Staatsbürgerrecht für alle, freies Vereinsrecht, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Beschränkung der Polizeigewalt. Gerding war über den lokalen Rahmen hinaus einer der wichtigsten Akteure der bürgerlichen Revolte von 1848/49 im Königreich Hannover.

Das kleine Problem, dass es schon einen Gerdingweg gibt, ließe sich vielleicht schon dadurch lösen, dass die Rathausadresse den Namen „Carl-Gerding-Platz“ bekommt.



Kino 8 ½ im Nov./Dez.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



19. und 20. November

MÄNNER IM WASSER

Ein schwedischer Journalist in der Midlife-Crisis sucht neue Herausforderungen, weshalb er seine Kumpel überredet, sich für die erste Weltmeisterschaft im Männersynchronschwimmen in Berlin anzumelden. Unaufdringliches Plädoyer für Toleranz und (Männer-) Freundschaft, das von einem homogenen Schauspielerensemble getragen wird und geschickt die Balance zwischen Unterhaltung und persönlich-sozialen Konflikten hält. Die stimmungsvollen Cinemascope-Bilder und der atmosphärisch gut eingebundene Soundtrack runden ein mit kleinen Widerhaken versehenes "Feel Good Movie" ab. Schweden 2008, 102 Minuten

29. und 30. Oktober

RENN, WENN DU KANNST

Zwei ungleiche junge Männer, ein sorglos-resoluter Zivildienstleistender und ein misanthropischer Rollstuhlfahrer, der seine Verzweiflung hinter einer Mauer aus Sarkasmus verbirgt, begegnen einer jungen, ihrerseits von Lebensängsten geplagten Cello-Studentin. Vorzüglich gespielte, beschwingt inszenierte tragikomische Dreiecksgeschichte, die geschickt und ausgesprochen unterhaltsam eine Kaskade an Einfällen, Wendungen und treffsicheren Dialogen in Gang setzt und ganz nebenbei einfühlsam und ohne Larmoyanz Tabus, Freundschaft und Liebe verhandelt. Deutschland 2010, 115 Minuten

26. und 27. November

FISH TANK

Eine 15-jährige Schulabbrecherin in einer heruntergekommenen Arbeitersiedlung im Osten Englands verbringt ihre Tage mit Handgreiflichkeiten und Tanzen. Bis ihre Mutter einen neuen Freund mit nach Hause bringt, der die Pubertierende in ihren künstlerischen Ambitionen stärkt, aber auch ihre verführerische Ausstrahlung entdeckt. Souverän inszeniertes Drama über das Ringen einer Heranwachsenden zwischen frühreifer Lolita und hilfsbedürftigem Kind. Eine herausfordernde Studie über adoleszente Reifungsprozesse, die von der enormen Präsenz der Hauptdarstellerin lebt. Großbritannien 2009, 123 Minuten

05. und 06. November

MARY & MAX

Ein kleines Mädchen aus Australien, das keine Spielkameras, aber viele Fragen hat, schließt per Briefpost Freundschaft mit einem nicht minder isolierten, älteren New Yorker, der unter dem Asperger-Syndrom leidet. Es ist der Beginn eines jahrelangen Austauschs zweier Einsamer, die aneinander Aufmerksamkeit und Zuwendung finden. Grandioser Knetrickfilm, der das an sich zutiefst deprimierende Sujet mit Hilfe der Knetanimation in eine ebenso humor- wie liebevolle, poetische Geschichte verwandelt, die das Recht auf Andersartigkeit und den Mut zu wahrer Freundschaft verteidigt. Australien 2009, 96 Minuten

03. und 04. Dezember

MAMMUTH

Ein wuchtiger Mann, der die letzten Jahr vor seiner Pensionierung im Schlachthof Schweine zerlegt, kreuzt auf einem alten Motorrad durch Frankreich, um Arbeitsnachweise für seine Rente aufzutreiben. Die Reise in die Vergangenheit droht in Bitterkeit zu enden, bis der Mann auf seine junge Nichte trifft, die ihm die Schönheit des Lebens erschließt und ihn ermuntert, seiner Existenz eine andere Richtung zu geben. Poetisch angehauchte Sozialgroteske, in der ruppige Töne mit flirrenden Impressionen oszillieren, was die Beschädigungen und Hässlichkeiten des Daseins transformiert und die Würde des Protagonisten verteidigt. Frankreich 2010, 92 Minuten

12. und 13. November

DIE LIEBE DER KINDER

Eine Bibliothekarin und ein Baumpfleger, beide alleinerziehend, lernen sich im Internet kennen und werden ein Paar, obwohl die Unterschiede beträchtlich sind. Sie zieht mit ihrer Tochter zu ihm und seinem Sohn. Gemeinsam erproben sie das Leben als Patchwork-Familie. Doch während die Beziehung der Erwachsenen zunehmend an den Differenzen ihrer Weltbilder leidet, verlieben sich die Jugendlichen. Fein beobachtetes Drama mit viel Gespür für psychologische Feinheiten und soziale Haltungen. Mit einer Fülle beiläufiger Momentaufnahmen leuchtet der Film die Innenwelten seiner Figuren aus und verankert den Liebesdiskurs lakonisch-prägnant in der Gegenwart. Deutschland 2007, 86 Minuten

10. und 11. Dezember

UNCLE BOONMEE ERINNERT SICH AN SEINE FRÜHEREN LEBEN

Ein Mann, der an akutem Nierenversagen leidet, bereitet sich in Anwesenheit von Familie und Freunden auf den Tod vor, wobei auch früher verstorbene Menschen in anderer Gestalt an dem Abschied teilnehmen. In langen statischen Einstellungen beschreibt der atmosphärisch dichte Film eine Auseinandersetzung mit Sterben, Tod und den Vorstellungen von dem, was danach kommt. Rätselhaft, aber ohne sich in einem diffusen Mystizismus zu verlieren, surreal und doch konkret in seinen Bildern, entfaltet der Film einen spannenden Reflexionsraum über die Grenzen der menschlichen Existenz. Thailand 2010, 113 Minuten (O.m.U.)

Politische Termine in und um Celle

Fr., 05. November, 15.00

Fremde - Frauen - Freundinnen"

Vorstellung des aus der Schreibwerkstatt heraus entstandenen Buches mit dem Titel "Fremde - Frauen - Freundinnen"

Landkreis Celle, Kreistagssaal, Trift

Di., 09. November, 14.30

Stadtrundgang „Celle im Nationalsozialismus“

Der Rundgang zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938 führt an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren. Der kostenlose Rundgang mit Reinhard Rohde und Tim Wegener dauert etwa zwei Stunden und endet am Mahnmal in den Triftanlagen.

Beginn an der Synagoge, Im Kreise 24
Eintritt frei

Do., 11. November, 14.00

„Moderne Landwirtschaft“

Landrat Klaus Wiswe referiert zu „Moderne Landwirtschaft, Geflügelschlachthof und Hähnchenmastställe im Kreis Celle – rechtliche und wirtschaftliche Aspekte“

Hotel „Celler Tor“
Veranst.: Landfrauenverein Celle

Di., 16. November, 19.00

Irrweg Public Private Partnership

Privatisierung macht öffentliche Dienstleistungen besser, billiger und bürgernäher. So lautet ein weit verbreitetes Versprechen, mit dem eine wahre Privatisierungswelle über das Land rollte. Dr. Werner Rügemer räumt auf mit diesem neoliberalen Irrglauben und zieht eine schonungslose Bilanz: Die Privatisierung von Medien, Post, Rathäusern, Schulen, der Müllentsorgung, des ÖPNV, der Wasserversorgung usw. erweist sich bei genauerem Hinsehen als neue Quelle der öffentlichen Verschuldung, für die Arbeitslosigkeit und die Teuerung.

Für Celle hat dieses Thema einen aktuellen Bezug: Die Stadt Celle plant die

Errichtung der neuen Feuerwache als PPP-Projekt, der Landkreis will auf diese Weise Turnhallen sanieren.

Veranstalter: Attac Celle in Kooperation mit dem Weltladen
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

Mi., 24. November, 19.30

Celle im Nationalsozialismus

Zwangsarbeit in Stadt und Landkreis

Von 1941 an wurden in Industrie und Landwirtschaft Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter eingesetzt. Allein in der Stadt Celle waren es gegen Kriegsende fast 3000. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, die ausschließlich nach Gesichtspunkten der effizienten Ausbeutung und der rassistischen Ideologie ausgestaltet waren, werden an Beispielen geschildert. Die Verhaltens- und Handlungsmöglichkeiten von Behörden sowie der Bevölkerung gehören ebenso zum Thema. Der Historiker Reinhard Rohde wird seinen Vortrag mit zeitgenössischen Fotos illustrieren.

Kreuzkirche, Windmühlenstr. 45
Veranstalter: VVN/BdA Celle und Rosa Luxemburg Club Celle in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen

Di., 30. November, 19.30

Organizing – Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit?

Der Hamburger Autor Peter Birke hat dieses Jahr ein Buch mit dem Titel „Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt“ herausgebracht. Er rekonstruiert in der Veranstaltung die Genese des Organizing im transnationalen Maßstab und berichtet über aktuelle Erfahrungen in einigen deutschen Organizing-Projekten.

Bildungszentrum Heimvolkshochschule Celle, Zur Jägerei 81
Veranstalter: Rosa Luxemburg Club Celle in Kooperation mit der RLS Niedersachsen.

Redaktionsschluss für die revista
Nr. 52 am Fr., den 31. Dezember



So., 14.11.2010, 14.00

Marion Blumenthal Lazan ...

berichtet aus ihrer Lebensgeschichte.

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen

So., 05.12.2010, 11.00

„Killing Kasztner“

Dokumentarfilm von Gaylen Ross (USA 2008, 129 Min., engl. Originalfassung), anschließend Gespräch mit der Regisseurin und Zsuzsi Kasztner. - Rezso Kasztner rettete durch seine Verhandlungen mit Adolf Eichmann fast 1700 ungarischen Juden das Leben. Doch wurde er in Israel nicht als Held verehrt, sondern wegen Kollaboration mit den Nazis verurteilt. Später fiel er einem Attentat zum Opfer. Die Dokumentation der Regisseurin Gaylen Ross schlägt erneut das Geschichtsbuch bei diesem kontroversen Fall auf.

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen

Di., 7. Dezember, 19.30

„Krach schlagen“ – Zum Stand der Erwerbslosenbewegung

Michael Bättig von der Erwerbsloseninitiative ALSO in Oldenburg, die im Oktober eine bundesweite Demonstration gegen Hartz IV organisiert hat, referiert zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Erwerbslosenbewegung.

Buntes Haus
Veranstalter: Rosa Luxemburg Club Celle in Kooperation mit der RLS Niedersachsen.

Kunst & Kultur

Mo., 01. November, 19.00

My Germany – Lesung mit dem us-amerikanischen Autor Lev Raphael

Mit seinem autobiographischen Buch „My Germany – A Jewish Writer Returns To The World His Parents Escaped“ nimmt Raphael sein Publikum mit auf eine Reise in die gegenwärtige Vergangenheit. Als Angehöriger der second generation (sein Vater überlebte im KZ Bergen-Belsen) beschreibt er die Suche nach der Herkunft seiner Eltern und seiner eigenen Identität als US-Amerikaner, Jude, Homosexueller, Schriftsteller und Mensch. – Die Lesung findet in englischer Sprache statt, das anschl. Gespräch in Englisch und Deutsch.

Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei

Di., 02. November, 20.00

Vdelli

Das australische Trio spielt einen eigenen und modernen Stilmix aus Blues, Funk und hartem Rock und ist eine Band von seltener Energie, Qualität und Substanz.

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 09. November, 19.00

Konzert für das Erinnern mit Matthias Horndasch

Horndasch liest aus Zeitzeugenberichten, die um die Erinnerungen und Erfahrungen von jüdischen Kindern und Jugendlichen im Nationalsozialismus kreisen. Die Lesung wird am Piano mit klassisch wie jazzig anmutenden Stücken kontrastiert.

Synagoge, Im Kreise 24
Eintritt frei

Fr., 12. November, 19.00

Jazz-Session

Mit Dozenten der Kreismusikschule
Kunst & Bühne, kein Eintritt

Fr., 12. November, 21.00

Die Morlock Party

Morlock, kein Eintritt

So., 13. November, 19.00

Avi Primor stellt sein neues Buch vor

Der ehemalige Botschafter Israels in Deutschland stellt sein Buch „An allem sind die Juden und die Radfahrer schuld“ vor, in dem er gemeinsam mit der Journalistin Christiane von Korff darlegt, was Antisemitismus heute ist – und was nicht.

Synagoge, Im Kreise 24
Eintritt: 5 Euro

Sa., 20. November, 20.00

Les Haricots Rouge

Brillanten Show aus Hot-Jazz, Melodien der Karibik und umwerfender Komik mit französischem Charme.

Volksbank, Stechbahn, VVK 20,00

So., 21. November, 17.00

Jazz-Geschichten ...

Mit den Blues Serenaders und Curt Pirna am Piano

Kreistagssaal (Trift), 10,00

Fr., 26. November, 21.00

Jailbreaker

AC/DC-Covershow mit Support „Rebel Yall“.
CD Kaserne, AK 16,00, VVK 14,90

Mi., 8. Dezember, 19.30

Big Band Celle - Nikolauskonzert

Kreistagssaal

Fr., 10. Dezember, 21.00

Michy Reincke

Der Singer-Songwriter präsentiert sein neues Album „Palais Salam“
CD-Kaserne, AK 16,00 / VVK 14,90

Sa., 11. Dezember, 22.00

Deka Dance - Winterspektakel

Das „beliebte Format“ nach langer Pause wieder am Start.

Buntes Haus, AK 4,00

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello
Erwerbslosenberatung
Je. 1. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum
Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie
Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
– Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum
jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:
je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum
je. 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Volxküche
jeden So., 18 Uhr

Kneipe
jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen
jeden Mo. 19-21 Uhr